



PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

34. Gemeinderatssitzung der 14. Legislaturperiode vom Dienstag, 02. Juni 2026

Vorsitz	Ratspräsident	Reto Schindler
Anwesend	Gemeinderat	31 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Christoph Fischbach
		Kurt Hottinger
		Roger Isler
		Regula Kaeser-Stöckli
		Gaby Kuratli
		Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Marc Osterwalder
Protokoll	Ratssekretariat	Jacqueline Tanner
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Marco Brunner, SVP
	Stadtrat	--
Ort	Stadtplatz Kloten	
Dauer	18:00 Uhr – 20:20 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsident Reto Schindler eröffnet die 34. Gemeinderatssitzung der 14. Legislaturperiode vom 02. Juni 2026 und stellt die Anwesenheit von 32 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Leider musste aufgrund der unsicheren Wettersituation die auf dem Stadtplatz geplante Sitzung in den Schluefweg verlegt werden.

Traktandenliste

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

- 1 Genehmigung Protokolle
- 2 Mitteilungen
- 3 Max Töpfer (SP), Interpellation 2026-0262, "Airbnb und Business-Apartments in Kloten", Beantwortung
- 4 Thomas Schneider (SVP), Interpellation 2026-0571, "Erschliessung neuer Überbauungen und Zufahrten auf Kantonsstrassen", Begründung
- 5 Thomas Schneider (SVP), Interpellation 2026-0572, "Prüfung einer kommunalen Schuldenbremse für Kloten", Begründung
- 6 Vorlage 2025-0128, Lokalzeitung Stadt Kloten, Kreditgenehmigung
- 7 Vorlage 2026-0420, Jahresrechnung 2025, Abnahme
- 8 Vorlage 2025-0236, Geschäftsbericht 2025, Abnahme gem. Art. 13 lit. b Gemeindeordnung

Protokoll

Das Protokoll der 32. Gemeinderatssitzung der 14. Legislaturperiode vom 3 März 2026 wurde allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten rechtzeitig zugestellt. Es gab keine Rückmeldungen oder Änderungswünsche. Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt und verdankt.

Max Töpfer (SP), Interpellation 2026-0262, "Airbnb und Business-Apartments in Kloten"; Beantwortung

Interpellationstext

Die steigenden Mieten belasten das Portemonnaie von immer mehr Klotener:innen. Zahlen von Wüest & Partner zeigen, dass die Angebotsmieten in Kloten von 2021 bis 2024 um rund 16 Prozent gestiegen sind. Gleichzeitig herrscht in Kloten Wohnungsknappheit. Die Leerwohnungsquote lag 2025 bei sehr niedrigen 0.37 Prozent.

In Grossstädten wie Zürich oder Luzern und in touristisch geprägten Regionen sind kommerzielle AirBnBs und möblierte Business-Apartments mitunter ein Faktor für die steigenden Mieten und die Wohnungsknappheit. Für Immobilienfirmen sind solche Wohnformen lukrative Geschäftsmodelle, weil sich damit höhere Renditen erzielen lassen als mit regulären Mietwohnungen. Das Online-Magazin tsüri.ch hat im Oktober des letzten Jahres unter anderem von möblierten 1-Zimmer-Wohnungen in Zürich Seebach berichtet, die für 4'500 Franken pro Monat vermietet werden. Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Zürich zeigen, dass in der Stadt Zürich der Anteil an Apartment-Wohnungen kontinuierlich wächst und mittlerweile bei 2.2 Prozent liegt.

Die Stadt Luzern hat als Reaktion auf die wachsende Zahl an AirBnBs und Business-Apartments bereits beschlossen, die gewerbliche Kurzzeitvermietung von Wohnräumlichkeiten auf maximal 90 Tage pro Jahr zu beschränken. In der Stadt Zürich ist eine ähnlich lautende Volksinitiative pendent.

Vereinzelte sind auch aus Kloten bereits Fälle bekannt, bei denen Immobilienfirmen Wohnungen anmieten oder kaufen, um daraus kommerzielle AirBnBs und Business-Apartments zu machen. Aufgrund der Nähe Klotens zur Stadt Zürich und zum Flughafen ist anzunehmen, dass die Zahl der Apartment-Wohnungen in den kommenden Jahren zunehmen wird.

Um eine erste Auslegeordnung zu erhalten, bitten wir den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hat sich der Anteil an Apartment-Wohnungen in Kloten in den letzten fünf Jahren entwickelt? Wir bitten, die jährliche Entwicklung des Anteils am Gesamtwohnungsbestand auszuweisen.
2. Falls dem Stadtrat keine entsprechenden Zahlen vorliegen: Ist der Stadtrat bereit, den Anteil an Apartment-Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand periodisch zu erheben und zu veröffentlichen, um einen Überblick über die Situation zu erhalten und allfällige Massnahmen daraus abzuleiten? Wenn nein, warum nicht?
3. Zählen Apartment-Wohnungen zum Zweck der Kurzzeitvermietung aus Sicht des Stadtrats zum Wohn- oder Gewerbeanteil? Falls sie zum Gewerbeanteil gehören, sind sie dann in reinen Wohnzonen wider-rechtlich?
4. Hat der Stadtrat bereits Massnahmen getroffen, um die Umnutzung von Wohnräumlichkeiten für kommerzielle AirBnBs und Business-Apartments zu unterbinden?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Umnutzung von Wohnräumlichkeiten für kommerzielle AirBnBs und Business-Apartments und die damit verbunden negativen Auswirkungen wie steigende Mieten, weitere Verknappung des Wohnraums und belastende Emissionen für die Anwohnenden?
6. Ist der Stadtrat bereit, wie in Luzern die Kurzzeitvermietung von Wohnräumlichkeiten auf maximal 90 Tage zu beschränken?

Beantwortung

Allgemeine Erläuterungen

Die Wohnungsmieten in Kloten sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Dies zeigen nicht nur die Zahlen von Wüest & Partner, sondern auch das Sozialräumliche Monitoring der Stadt Kloten 2019-2023 aus dem Jahre 2025. Darin ist festgehalten, dass im Zeitraum 2019 bis 2023 die Mietpreise von

Neubauwohnungen um 21 % und von Gebrauchtwohnungen um 8 % gestiegen sind. Parallel dazu ist die durchschnittliche Insertionsdauer von 21 auf 8 Tage gefallen und die Anzahl der inserierten Objekte hat sich halbiert. All diese Faktoren deuten auf einen zunehmend angespannten Wohnungsmarkt in der Stadt Kloten hin.

Die Gründe für steigende Mieten sind vielfältig und haben primär mit der hohen Nachfrage zu tun, welche auf ein nicht gleich stark steigendes Angebot trifft. Wenn zusätzlich Wohnungen als kommerzielle AirBnBs oder möblierte Business-Apartments vermietet werden, stehen weniger Wohnungen für klassische Langzeitmieter zur Verfügung. Da Kloten durch die Nähe zum Flughafen Zürich besonders attraktiv für Kurzaufenthalte ist, kann diese Art der Vermietung für Vermietende besonders interessant und rentabel sein.

Um darüber ein Urteil zu fällen, ob Wohnobjekte in Kloten tatsächlich in einem problematischen Umfang zur Kurzzeitvermietung angeboten werden, bedarf es einer sauberen Datengrundlage. Für Städte ist der Aufbau eines wirksamen Monitorings von Kurzzeitvermietungen jedoch mit erheblichem administrativem Aufwand und hohen Kosten verbunden. Plattformen wie AirBnB sowie private Vermieter berufen sich häufig auf datenschutzrechtliche Bestimmungen und sind wenig bereit, umfassende oder standardisierte Daten bereitzustellen. Zudem ist die rechtliche Abgrenzung zwischen Business Apartments und regulären Wohnungen nicht eindeutig. Vermietet beispielsweise eine Fluggesellschaft oder ein flughafter Betrieb Wohnungen an eigenes Personal oder temporäre Mitarbeitende, handelt es sich grundsätzlich um eine private Nutzung, die nicht zwingend meldepflichtig ist. Aufgrund dieser rechtlichen und praktischen Komplexität sowie der damit verbundenen Kosten führt die Stadt Kloten kein systematisches Monitoring durch und verfügt daher über keine verlässlichen Angaben zur genauen Anzahl von Kurzzeitvermietungen im Stadtgebiet.

Seit Spätherbst 2025 bis Sommer 2026 erarbeitet eine aus Stadt- und Gemeinderäten zusammengesetzte Arbeitsgruppe eine Wohnraumstrategie für Kloten. In diesem Rahmen werden auch mögliche Massnahmen im Zusammenhang mit AirBnBs und Business-Apartments geprüft. Die Ergebnisse liegen zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Interpellation noch nicht vor. Unabhängig davon bestehen grundsätzlich verschiedene regulatorische Ansätze, mit denen Städte auf eine starke Zunahme von Kurzzeitvermietungen reagieren können. Diese werden nachfolgend kurz erläutert.

Grundsätzlich gibt es zwei bekannte Vorgehensweisen, um Kurzzeitvermietungen wie AirBnB oder Businessapartments eindämmen zu können: Entweder wird die Bau- und Zonenordnung (BZO) entsprechend angepasst, wie beispielsweise in der Stadt Zürich, oder es wird ein separates Reglement erlassen, wie in der Stadt Luzern. Eine Anpassung der BZO hat den Vorteil, dass diese Massnahme vergleichsweise einfach umzusetzen ist. Sie betrifft jedoch in der Regel nur zukünftige Nutzungen, lässt Kurzzeitvermietungen in Mischzonen weiterhin zu und kann dort gar zu einer Konkurrenz zum Gewerbe führen. Ein Reglement hingegen kann auch bestehende Nutzungen erfassen, ist jedoch im Vollzug deutlich aufwändiger. Es bestehen zudem diverse Grauzonen und Umgehungsmöglichkeiten, die Plattformen zeigen sich teilweise wenig kooperativ, und eine verlässliche Datengrundlage ist für eine wirksame Kontrolle unerlässlich. Sowohl in Zürich als auch in Luzern wurden entsprechende Regelungen bereits gerichtlich angefochten und endgültige Urteile stehen derzeit noch aus.

Vor diesem Hintergrund geht der Stadtrat nachfolgend gerne auf die einzelnen Fragen des Interpellanten ein.

Antwort zu den einzelnen Fragen

1. *Wie hat sich der Anteil an Apartment-Wohnungen in Kloten in den letzten fünf Jahren entwickelt? Wir bitten, die jährliche Entwicklung des Anteils am Gesamtwohnungsbestand auszuweisen.*

Der Anteil von Apartment-Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand in Kloten der letzten fünf Jahre lässt sich nicht ausweisen, da keine entsprechenden Daten erhoben werden. Die Stadt führt kein systematisches Monitoring von Kurzzeit- oder Business-Apartments durch. Bekannt sind lediglich einzelne Fälle, die der Baupolizei beispielsweise durch Meldungen aus der Nachbarschaft zur Kenntnis gelangen. Gründe für das fehlende Monitoring sind der hohe administrative Aufwand, datenschutzrechtliche Einschränkungen sowie die rechtlich nicht eindeutige Abgrenzung zwischen Apartments und regulären Wohnungen. Eine jährliche Entwicklung dieses Anteils kann daher nicht dargestellt werden.

2. *Falls dem Stadtrat keine entsprechenden Zahlen vorliegen: Ist der Stadtrat bereit, den Anteil an Apartment-Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand periodisch zu erheben und zu veröffentlichen, um einen Überblick über die Situation zu erhalten und allfällige Massnahmen daraus abzuleiten? Wenn nein, warum nicht?*

Grundsätzlich hat die Stadt Kloten ein Interesse daran, Informationen zu Kurz- und Langzeitvermietungen zu erhalten. Eine periodische Erhebung des Anteils von Apartment-Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand ist derzeit jedoch nicht vorgesehen. Eine solche Erhebung wäre sehr zeit- und kostenintensiv sowie schwierig durchzusetzen. Es bestehen diverse Grauzonen und Möglichkeiten, bestehende Regelungen zu umgehen. Zudem ist es nur sehr begrenzt möglich, kurzzeitige Untermieten zu prüfen und Plattformen wie AirBnB zeigen sich diesbezüglich nicht durchgängig kooperativ.

3. *Zählen Apartment-Wohnungen zum Zweck der Kurzzeitvermietung aus Sicht des Stadtrats zum Wohn- oder Gewerbeanteil? Falls sie zum Gewerbeanteil gehören, sind sie dann in reinen Wohnzonen widerrechtlich?*

Unabhängig davon, ob ein Wohnobjekt dauerhaft oder nur kurzzeitig vermietet wird, handelt es sich grundsätzlich um eine Wohnnutzung gemäss gängiger Rechtsprechung. Hierzu kann insbesondere auf den Bundesgerichtsentscheid BGE 140 II 509 verwiesen werden. Eine kurzzeitige Vermietung von Wohnungen (z.B. über Plattformen wie AirBnB) wird daher in der Regel der Wohnnutzung zugerechnet und ist grundsätzlich auch in Wohnzonen zulässig.

4. *Hat der Stadtrat bereits Massnahmen getroffen, um die Umnutzung von Wohnräumlichkeiten für kommerzielle AirBnBs und Business-Apartments zu unterbinden?*

Der Stadtrat hat bis anhin keine aktiven Massnahmen getroffen, welche die kommerzielle Nutzung von AirBnBs oder Business-Apartments einschränkt. Bei Anfragen wird darauf hingewiesen, dass AirBnBs nur als ergänzendes Wohnungsangebot gedacht sind, aber es fehlen rechtliche Rahmenbedingungen, um eine Einschränkung überhaupt in Betracht zu ziehen.

5. *Wie beurteilt der Stadtrat die Umnutzung von Wohnräumlichkeiten für kommerzielle AirBnBs und Business-Apartments und die damit verbunden negativen Auswirkungen wie steigende Mieten, weitere Verknappung des Wohnraums und belastende Emissionen für die Anwohnenden?*

Der Stadtrat spricht sich nicht generell gegen die Umnutzung von Wohnräumlichkeiten zu AirBnB- oder Business-Apartments aus, da diese grundsätzlich als Teil eines gesunden Wohnungsangebots betrachtet werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Flughafens mit rund 40'000 Arbeitsplätzen eine gewisse Nachfrage nach Business-Apartments besteht. Unternehmen beschäftigen für befristete Projekte häufig Projektleitende und Mitarbeitende aus dem Ausland, die in der Regel für drei bis neun Monate eine Unterkunft benötigen. Dafür eignen sich Business-Apartments in Flughafennähe besonders.

Steigt das Angebot an Kurzzeitvermietungen jedoch in kurzer Zeit deutlich an, kann ein Ungleichgewicht entstehen, das den Wohnungsmarkt belastet. Den daraus resultierenden Druck auf den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt sowie die zusätzlichen Emissionen, etwa durch Verkehr, bewertet der Stadtrat als kritisch, insofern ein erträgliches Mass überschritten wird.

6. *Ist der Stadtrat bereit, wie in Luzern die Kurzzeitvermietung von Wohnräumlichkeiten auf maximal 90 Tage zu beschränken?*

Seit dem 1. Januar 2025 dürfen Wohnungen in Luzern nur noch maximal 90 Nächte pro Jahr kurzzeitig vermietet werden. Dies mit dem Ziel, dass Wohnraum vorrangig zum Wohnen und nicht für Ferien- oder Businessgäste genutzt wird. Das Reglement wurde gerichtlich angefochten und wird nun vom Kantonsgericht Luzern geprüft. Dies hat allerdings keinen Einfluss auf die Inkraftsetzung.

Unsere Anfrage an die Stadt Luzern ergab, dass die Umsetzung des 2025 eingeführten Reglements zur Kurzzeitvermietung mit erheblichem administrativem und personellem Aufwand verbunden ist. Bereits die Erarbeitung der Grundlagen und des Reglements beanspruchte über mehrere Jahre grosse interne Ressourcen; für Aufbau und Betrieb werden zusätzliche Personalressourcen benötigt (u.a. bis zu rund 50 Stellenprozente im ersten Betriebsjahr). Zudem ist insbesondere der Aufbau eines funktionierenden Kontrollsystems mit den Vermietungsplattformen komplex und zeitintensiv, weshalb die effektiven Aufwände gemäss ersten Erfahrungen eher höher ausfallen, als ursprünglich angenommen.

Ein Kontrollsystem wie in Luzern würde die personellen und finanziellen Ressourcen einer mittelgrossen Stadt wie Kloten erheblich belasten. Zudem ist die rechtliche Situation in Luzern wie auch in anderen Städten noch nicht abschliessend geklärt, weshalb es angezeigt erscheint, die weiteren Gerichtsentscheide abzuwarten. Aus diesen Gründen erachtet der Stadtrat die Einführung einer vergleichbaren Regelung derzeit als nicht verhältnismässig, wird die weitere Entwicklung jedoch aufmerksam verfolgen.

Beschluss Stadtrat:

Der Stadtrat genehmigt die Antwort zur Interpellation von Max Töpfer (SP) betreffend der " AirBnB und Business-Apartments in Kloten". Er bittet den Interpellanten um Kenntnisnahme.

Beschluss:

1. Die Antwort des Stadtrats zur Interpellation 2026-0262, "Airbnb und Business-Apartments in Kloten" wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Interpellation 2026-0262, "Airbnb und Business-Apartments in Kloten" gilt als stillschweigend abgeschlossen.

Wortmeldungen:

Ratspräsident Reto Schindler: Die Interpellation wurde am 3. Februar 2026 eingereicht. Die Antwort des Stadtrates erfolgte am 14. April 2026 mit dem Stadtratsbeschluss 99-2026. Wir kommen zum Ablauf. Wie immer zuerst die Stellungnahme durch den Interpellanten Max Töpfer, dann die Wortmeldung des Stadtrates und die allfällige Diskussion im Gemeinderat. Darf ich den Interpellanten Max Töpfer nach vorne bitten?

SP-Fraktion, Max Töpfer: Stellt euch vor, für ein möbliertes Ein-Zimmer-Apartment werden 4'500 Franken pro Monat verlangt. Nicht in Dubai, nicht in London, sondern in Zürich-Seebach, gerade einmal vier Kilometer von hier entfernt. Airbnb's und Business Apartments sind zu einem sehr lukrativen Geschäftsmodell geworden. Vermietende können damit viel höhere Renditen erzielen als mit herkömmlichen Mietverhältnissen. Die Leidtragenden sind wir alle. Der Wohnraum wird knapper und die Mieten steigen weiter in die Höhe. Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung unserer Interpellation. Die Antwort des Stadtrates zeigt, auch der Stadtrat anerkennt die Problematik. Er schreibt selbst, dass Kurzzeitvermietungen den Wohnungsmarkt belasten können. Auch beurteilt er die negativen Auswirkungen auf den Verkehr und die Nachbarschaften als kritisch. Umso weniger verstehen wir, weshalb der Stadtrat nicht bereit ist, überhaupt eine Datengrundlage zu schaffen. Der Fall Bänikon zeigt klar, dass gewerbliche Kurzzeitvermietungen auch in Kloten Realität sind. Zudem haben uns Rückmeldungen aus der Bevölkerung gezeigt, dass sich die Anwohnenden durch die damit verbundenen Emissionen gestört fühlen. Wir wissen also, dass das Problem existiert. Wir wissen aber nicht, wie gross es ist. Genau deshalb braucht es eine saubere Datengrundlage. Denn ohne Daten können wir keine fundierten Lösungen finden. Hinzu kommt, die Stadt Zürich arbeitet seit Jahren an einer Eindämmung der gewerblichen Kurzzeitvermietung. Die Erfahrungen aus Luzern zeigen, dass die Anbieter ihr Angebot nach der Regulierung teilweise in die Agglomeration verlagern. Es ist also realistisch, dass der Druck auf Kloten zunehmen wird. Die SP anerkennt, dass es in Kloten eine gewisse Nachfrage nach temporären Unterkünften gibt. Das überrascht angesichts des Flughafens und der vielen Arbeitsplätze nicht. Trotzdem sind wir der Meinung, dass Airbnb's und Business Apartments ähnlich wie Hotels als gewerbliche Nutzung betrachtet werden sollten. Sie dürfen nicht zu Lasten des bestehenden Wohnungsbestands wachsen. Wir wollen auch nicht, dass Kurzzeit-Untermieten von Wohnungen grundsätzlich untersagt werden. In gewissen Fällen, zum Beispiel einer längeren Ferienabwesenheit, kann das durchaus sinnvoll sein. Um einen Missbrauch zu verhindern, sollte die Kurzzeit-Untermiete aber auf maximal 90 Tage beschränkt werden. Wir haben bekanntlich ein grosses Missverhältnis von Arbeitsplätzen und Wohnraum. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Wohnraum für jene schützen, die längerfristig hierbleiben wollen. Das sollte eigentlich im Interesse von uns allen hier sein. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Die Stadt Zürich entwickelt momentan Instrumente zur Regulierung von Airbnb's und Business Apartments. Aus Sicht der SP sollte die Stadt Kloten die Zusammenarbeit suchen und Synergien nutzen. So lassen sich Aufwand und Kosten reduzieren. Die SP erwartet von der Begleitgruppe Wohnen, dass sie diese Problematik ernst nimmt und Massnahmen ergreift, bevor noch mehr Wohnraum verloren geht und bevor die Mieten noch weiter steigen. Vielen Dank.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals, Max Töpfer. Möchte der zuständige Stadtrat Roger Isler das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Erkam Dagli, FDP.

FDP-Fraktion, Erkam Dagli: Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation von Max. Die Frage nach den Auswirkungen von Kurzzeitvermietungen auf den Wohnungsmarkt ist durchaus berechtigt. Selbstverständlich müssen wir diese Entwicklungen beobachten. Was mich oder uns ein bisschen irritiert, ist, dass der Interpellant selbst ein Mitglied der Begleitgruppe Wohnraumstrategie ist. Und genau dort werden mögliche Massnahmen im Zusammenhang mit Airbnb's und Business Apartments geprüft, wie man in der Antwort vom Stadtrat nachlesen konnte. Wenn der Interpellant auch in dieser Begleitgruppe mitwirkt, stellt sich die Frage, welcher zusätzliche Nutzen ein paralleler Vorstoss zum gleichen Thema bringt. Gerade in Zeiten von effizienter Nutzung von Ressourcen, sollten wir auch mit den Ressourcen unserer Verwaltung sorgfältig umgehen. Ein Thema gleichzeitig in der Begleitgruppe und per Interpellation bearbeitet zu lassen, ist jedenfalls

kein besonders nachhaltiger Umgang mit Zeit und Geld, wobei wir ja mit dem Begriff Nachhaltigkeit heutzutage besser sparsam umgehen. Das hat bereits genügend politische Verwendungszwecke gefunden. Zurück zum Thema. Die Antwort des Stadtrats zeigt klar auf, dass die bestehenden Regulierungsmodelle hinsichtlich Kurzzeitvermietungen zurzeit bis vor Bundesgericht hängig sind. Bevor diese Fragen also höchststrichterlich geklärt sind, wäre es wenig sinnvoll, schon wieder Ressourcen für neue Regulierungen aufzuwenden. Für die FDP gilt, Situation beobachten, die relevanten Gerichtsurteile abwarten und dann, falls überhaupt nötig, allfällige Massnahmen für Kloten diskutieren. Wenn sich ein Problem zeigt, können und müssen wir handeln. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheinen uns die eingeschlagenen Wege vernünftig und verhältnismässig. Und wie bereits erwähnt, das Thema von Kurzzeitvermietungen wird ohnehin im vorgesehenen Gremium Begleitgruppe Wohnraumstrategie thematisiert und wird darum nicht sofort vom Tisch sein. Danke vielmals.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals, Erkam Dagli. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Diana Diaz, Grüne.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Positiv ist, dass die Problematik nicht klein geredet wird. Der Stadtrat anerkennt, dass der Wohnungsmarkt in Kloten angespannt ist und dass Kurzzeitvermietungen wie Airbnb oder Business Apartments zusätzlichen Druck auf das ohnehin knappe Angebot ausüben. Und gerade darum erstaunt uns die Schlussfolgerung des Stadtrats doch sehr. Der Stadtrat sagt einerseits, dass die Nähe zum Flughafen für Kurzzeitvermittlungen besonders attraktiv ist und dass ein starkes Wachstum von Airbnb-Angeboten oder Business Apartments den Wohnungsmarkt belasten kann. Andererseits will er weder den Umfang noch die Entwicklungen dieser Nutzung systematisch erfassen. Natürlich verursacht eine Datenerhebung Aufwand. Aber ohne Daten fehlt uns auch eine Grundlage, um eine fundierte Problemanalyse zu machen. Wer nicht misst, wird auch keine gezielte Massnahme treffen können. Und wenn durch Messung und Massnahmen weniger Klotener verdrängt werden, dann würde es sich aus unserer Sicht lohnen, dort genauer hinzuschauen. Die Antworten vermitteln den Eindruck, dass die Risiken erkannt werden, aber der Wille, die Entwicklungen genauer zu beobachten und aktiv anzugehen, fehlt. Wenn die Modelle aus Luzern und Zürich für Kloten aus Sicht des Stadtrats nicht geeignet sind, dann müsste man doch andere Möglichkeiten prüfen, um die Situation besser zu erfassen und allenfalls andere Gegenmassnahmen vorzubereiten. Das vermisst man von den Grünen aber in der vorliegenden Antwort. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit gilt die Interpellation als abgeschlossen.

Thomas Schneider (SVP), Interpellation 2026-0571, "Erschliessung neuer Überbauungen und Zufahrten auf Kantonsstrassen"; Begründung

Thomas Schneider (SVP) und Mitunterzeichnende haben am 2. April 2026 die folgende Interpellation eingereicht:

1. Vorstosstext

Kloten wächst. Zahlreiche Überbauungen sind geplant oder bereits im Bau. Mit jeder zusätzlichen Wohnung steigt die Verkehrsbelastung, Faktisch erfolgt die Erschliessung vieler Projekte über immer dieselben Quartierstrassen. Die Folge sind Stausituationen bei Einfahrten in Quartiere, Mehrverkehr vor Wohnhäusern und Schulanlagen und eine steigende Belastung für Anwohnerinnen und Anwohner.

Gleichzeitig wird von Seiten des Stadtrates argumentiert, Zufahrten direkt auf eine Kantonsstrasse seien nicht zulässig. Im Kanton Zürich gibt es jedoch Beispiele, bei denen solche Lösungen realisiert wurden.

Für die SVP ist klar: Infrastruktur muss mit dem Wachstum Schritt halten. Verdichtung ohne funktionierende Erschliessung führt zu Sicherheitsproblemen, Mehrbelastung für bestehende Quartiere und unnötigen Konflikten.

Daher stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Nach welchen konkreten Kriterien entscheidet der Stadtrat, wie eine neue Überbauung verkehrstechnisch erschlossen wird?
2. Auf welche gesetzlichen Grundlagen stützt sich der Stadtrat bei der Aussage, dass eine direkte Einfahrt auf eine Kantonsstrasse grundsätzlich nicht zugelassen ist?
3. Wurde in den betroffenen Fällen eine Ausnahmeprüfung beim Kanton Zürich beantragt? Falls nein, weshalb nicht?
4. Welche kantonalen Bestimmungen (z.B. Strassengesetz, Verkehrsrichtlinien) stehen einer direkten Einfahrt entgegen?
5. In welchen vergleichbaren Fällen im Kanton Zürich wurden direkte Zufahrten auf Kantonsstrassen bewilligt und weshalb ist die Situation in Kloten anders zu beurteilen?
6. Welche Verkehrszunahme wird für die betroffenen Quartierstrassen durch die geplanten Überbauungen prognostiziert (Fahrten pro Tag)?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die zunehmenden Stausituationen bei Einfahrten in Quartierstrassen hinsichtlich:
 - Verkehrssicherheit
 - Schulwegsicherheit
 - Lärmbelastung
 - Luftqualität
8. Welche Alternativen wurden geprüft, um Quartierstrassen gezielt zu entlasten?
9. Ist der Stadtrat bereit, gemeinsam mit dem Kanton Zürich eine direkte Erschliessung einzelner Überbauungen über Kantonsstrassen vertieft zu prüfen, um bestehende Quartiere zu entlasten?
10. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass zukünftige Planungen die kumulative Verkehrsbelastung bestehender Quartiere ausreichend berücksichtigen?

2. Zuständigkeit / Termine:

Einreichung:	02.04.2026
Verantwortlicher Stadtrat:	Roger Isler
Verantwortlicher Bereichsleiter:	Andreas Stoll, Bereichsleiter Lebensraum
Termin Vorlage der Antwort Stadtrat:	schriftlich 3 Monate ab Einreichung

Beschluss:

1. Die Begründung der Interpellation 2026-0571, "Erschliessung neuer Überbauungen und Zufahrten auf Kantonsstrassen" von Thomas Schneider (SVP) wird zur Kenntnis genommen.

Wortmeldungen

Ratspräsident Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Punkt. Das ist die Interpellation 2026-0571, Erschliessung von neuen Überbauungen und Zufahrten auf Kantonstrassen, Begründung von Thomas Schneider, SVP. Die Interpellation wurde am 2. April 2026 eingereicht. Der Ablauf ist der gleiche: Begründung durch den Interpellanten, der schon dasteht, Stellungnahme des Stadtrates, Antrag auf Diskussion.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Kloten wächst. Kloten muss wachsen, um dem steigenden Bevölkerungsdruck und der zunehmenden Verdichtung überhaupt noch standzuhalten. Über die Ursachen dieser Entwicklung können wir heute ebenfalls diskutieren. Erkam hat mir hier das Wort schon vorweggenommen. Tatsache ist jedoch, in den kommenden Jahren entstehen zahlreiche neue Wohnungen und Überbauungen. Und mit jeder zusätzlichen Überbauung steigt auch die Belastung unserer bestehenden Infrastruktur und insbesondere von unserem Strassennetz. Und genau da sehen wir ein Problem. Wir stellen heute fest, dass neue Überbauungen oftmals über immer die gleichen Quartierstrassen erschlossen werden. Das führt zunehmend zu Stausituationen, bei Quartiereinfahrten zu Rückstau auf bestehende Strassen und zu Mehrbelastungen für die Bevölkerung, die dort wohnt. Beispielsweise beim Schulhaus Dorffeld sehen wir regelmässig Rückstau bis weit hinter das Schulhaus. Gleichzeitig wurden dort verschiedene und grundsätzlich vor Schulhäuser sinnvolle Verkehrsberuhigungen umgesetzt. Die führen aber auch dazu, dass der Verkehr schlechter abfließen kann und sich die Belastung zusätzlich konzentriert. Es ist dort jeweils so, dass am Morgen nicht einmal der Bus von der Dorfstrasse wekommt, weil die Strasse blockiert ist. Viele Einwohner erleben heute bereits, dass man zu gewissen Zeiten kaum mehr vernünftig in die Quartiere rein und raus kommt. Und die Belastung konzentriert sich immer wieder auf die gleichen Achsen und das führt zwangsläufig zu Fragen. Weil gleichzeitig wird immer argumentiert, dass direkte Einfahrten auf die Kantonstrasse eben nicht zulässig oder nicht möglich sind. Im Kanton Zürich existieren jedoch verschiedene Beispiele, wo genau das umgesetzt werden konnte. Und darum möchten wir einfach einmal Klarheit schaffen. Wir möchten wissen, nach welchen Grundlagen der Stadtrat entscheidet, wie Überbauungen erschlossen werden. Wir möchten wissen, welche gesetzlichen Bestimmungen sich der Stadtrat konkret als Referenz nimmt, wenn direkte Zufahrt auf die Kantonstrasse ausgeschlossen sind. Und wir möchten verstehen, warum andere Gemeinden Lösungen realisieren können und in Kloten das offenbar nicht geht. Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, wahllos neue Einfahrten zu fordern oder Sicherheitsaspekte zu ignorieren. Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Verkehrsflüsse auf Kantonstrassen sind uns selbstverständlich bewusst. Es geht vielmehr um eine saubere Interessenabwägung, um die Frage der bestehenden Wohnquartiere sinnvoll zu entlasten. Wenn immer mehr Wohnungen gebaut werden, müssen auch Verkehrserschliessungen mitgedacht werden. Sonst verlagern sich Probleme einfach in die bestehenden Quartiere. Und die Leidtragenden sind dann die Einwohnerinnen und Einwohner, die mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr Stau und teilweise auch

Unsicherheit in Kauf nehmen müssen, explizit auf den Schulwegen. Und gerade in der Quartierstrasse. Die Quartierstrasse sollten doch in erster Linie dem Wohnen dienen und nicht zu dauerhaften Hauptverkehrszufahrten für grosse Überbauungen werden. Uns ist klar, dass Wachstum Infrastruktur braucht und Verdichtung ohne ausreichende Verkehrserschliessung führt einfach langfristig auch zu einem Akzeptanzproblem in der Bevölkerung. Die Interpellation soll darum einmal Transparenz schaffen, aufzeigen, welche Möglichkeiten Kloten zukünftig überhaupt noch zur Verfügung hat, um Verkehrsströme sinnvoll zu lenken und bestehende Quartiere gezielt zu entlasten. Sie sollen auch klären, ob mögliche Lösungen tatsächlich vertieft geprüft worden sind oder ob gewisse Erschliessungsvarianten einfach zu Beginn weg ausgeschlossen wurden. Diese Fragen, glaube ich, sind mir der Bevölkerung schuldig. Vielen herzlichen Dank im Voraus für die Beantwortung.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Thomas Schneider für deine Begründung. Darf ich den zuständigen Stadtrat Roger Isler um Stellungnahme bitten? Oder möchte er das nicht?

Stadtrat Roger Isler: Vielen Dank für diese Fragen. Sie sind sehr spannend und haben auch ganz viele rechtliche Rahmen und so weiter. Das wird total spannend. Ich würde sie ganz gerne schriftlich innerhalb der Frist beantworten.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals, Roger Isler. Gibt es einen Antrag auf Diskussion bzw. gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Philipp Graf, SP.

SP-Fraktion, Philip Graf: Kantonsstrassen liegen im Kompetenzbereich des Kantons. Und das dürfte sich so schnell auch nicht ändern. Immerhin habt ja ihr Bürgerlichen mit eurer Mobilitätsinitiative erst gerade im letzten November dafür gesorgt, dass die einzigen beiden Gemeinden, die gewisse Kompetenzen bei den Kantonstrassen hatten, diese Kompetenzen wieder verlieren werden. Entsprechend dürfte damit jetzt schon klar sein, warum sich die Stadt nur sehr beschränkt für mehr Einfahrten auf die Kantonstrasse einsetzen kann. Aber auch wenn die Stadt diese Kompetenzen hätte, wage ich es zu bezweifeln, dass sich die Stadt häufiger für Einfahrten auf die Kantonstrasse einsetzen würde. Immerhin verkehren die Autos auf der Kantonstrasse mit Tempo 50, das hast du vorher auch schon erwähnt. Eine Einfahrt auf die Kantonstrasse stellt deswegen ein weit höheres Sicherheitsrisiko dar als auf Quartierstrassen. Ausserdem bringen zusätzliche Einfahrten auf der Strasse zwangsläufig den Verkehr mehr ins Stocken. Wenn ich mich recht entsinne, ist das eigentlich auch etwas, was doch diese Ratsseite vehement versucht zu verhindern. Trotzdem sehe ich aber die tatsächliche Möglichkeit, wie man mehr Einfahrten auf Kantonsstrassen realisieren könnte, ohne dass die vorgenannten negativen Auswirkungen auftreten würden - sie heisst Tempo 30.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Philipp Graf. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. In diesem Fall wird die Interpellation innerhalb von drei Monaten beantwortet.

Thomas Schneider (SVP), Interpellation 2026-0572, "Prüfung einer kommunalen Schuldenbremse für Kloten"; Begründung

Thomas Schneider (SVP) und Mitunterzeichnende haben am 2. April 2026 die folgende Interpellation eingereicht:

1. Vorstosstext

Das kantonale Gemeindegesetz verlangt den mittelfristigen Haushaltsausgleich der Erfolgsrechnung. Eine Schuldenbremse geht darüber hinaus, sie ist ein verbindliches finanzpolitisches Steuerungsinstrument, das:

- Ausgaben an nachhaltige Einnahmen koppelt
- Investitionen diszipliniert
- Neuverschuldung begrenzt
- Automatische Korrekturmechanismen auslöst
- Transparenz und Generationengerechtigkeit sichert

Ziel ist nicht Sparpolitik um jeden Preis, sondern die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Kloten, insbesondere bei hohen Investitionen und volatilen Steuererträgen.

Wir sind uns bewusst, dass diese Fragen teils umfangreich sind und den Stadtrat und die Verwaltung beauftragen, sich schon so fest in das Modell Schuldenbremse hinein zu versetzen, als wäre es da. Dies ist so gewollt, da wir uns damit beschäftigen müssen, wie wir unsere Steuerfranken in Kloten mit so geringen Zinsen wie möglich belasten und dass wir die Investitionen so priorisieren, dass sie tragbar sind. Und dies soll wenn möglich ohne zusätzliche Fremdfinanzierung erfolgen. Zudem zwingen wir mit den Fragen, den Stadtrat, klare und verlässliche Antworten zu liefern. Sollten Annahmen den Zahlen zu Grunde liegen bitten wir diese zu benennen und zu begründen.

Daher stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

Grundsatz und Rechtslage

1. Welchen konkreten Mehrwert sieht der Stadtrat in einer kommunalen Schuldenbremse gegenüber dem gesetzlich vorgeschriebenen mittelfristigen Haushaltsausgleich gemäss Gemeindegesetz?
2. Ist der Stadtrat bereit, eine Schuldenbremse in der Gemeindeordnung zu verankern, und falls nein, weshalb nicht?

Steuerungsmodell und Kennzahlen

3. Welche Form einer Schuldenbremse hält der Stadtrat für Kloten für geeignet (Ausgabenregel, Investitionsregel oder kombinierte Regel), und weshalb?
4. Welche finanzpolitischen Kennzahlen sollen eine Schuldenbremse konkret steuern (Selbstfinanzierungsgrad, Finanzierungsfehlbetrag, Nettoschuld, Nettoschuld pro Einwohner, Zinsbelastungsanteil, Mindestliquidität)?
5. Welche Ziel- und Schwellenwerte würde der Stadtrat für diese Kennzahlen definieren?
6. Wie hoch beziffert der Stadtrat die voraussichtliche verzinsliche Gesamtverschuldung der Stadt Kloten per Ende 2026, 2027, 2028 und 2029 gemäss aktueller Finanzplanung?
7. Welche maximale Verschuldung (absolut und pro Einwohner) erachtet der Stadtrat als langfristig tragbar?

Investitionen und Priorisierung

8. Wie wird sichergestellt, dass Nettoinvestitionen nur im Rahmen der finanziellen Tragbarkeit erfolgen, insbesondere wenn der Selbstfinanzierungsgrad deutlich unter 100 Prozent liegt?
9. Besteht eine verbindliche Prioritätenliste für die Investitionen 2026-2029, die im Falle einer finanzpolitischen Verschärfung zur Anwendung käme?
10. Falls eine Schuldenbremse ausgelöst würde: Welche konkreten Investitionsprojekte würden gemäss Priorisierung zuerst gestoppt, verschoben oder etappiert?
11. Welche Investitionen gelten als zwingende Pflichtaufgaben und welche als disponibel?

Mechanismus und Kontrolle

12. Wie würde ein automatischer Korrekturmechanismus ausgestaltet, falls die definierten Schwellenwerte verletzt werden?
13. Welche Fristen für den Abbau von Regelverletzungen oder ausserordentlichen Defiziten wären sachgerecht?
14. Welche Ausnahmebestimmungen wären zulässig, und welche qualifizierten Mehrheiten sollen dafür gelten?
15. Welche Reportingpflichten gegenüber dem Gemeinderat würde der Stadtrat im Rahmen einer Schuldenbremse verbindlich vorsehen (Kennzahlen, Projekt-Cashflows, Zinsrisikobericht)?

2. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit für die Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen ist klar geregelt. Der Stadtrat bestimmt den verantwortlichen Stadtrat und Bereichsleiter.

3. Beschluss:

Einreichung:	02.04.2026
Verantwortlicher Stadtrat:	Mark Wisskirchen
Verantwortlicher Bereichsleiter:	Ruedi Ulli, Bereichsleiter Finanzen + Logistik
Termin Vorlage der Antwort Stadtrat:	schriftlich 3 Monate ab Einreichung

Beschluss:

2. Die Begründung der Interpellation 2026-0572, "Prüfung einer kommunalen Schuldenbremse für Kloten" von Thomas Schneider (SVP) wird zur Kenntnis genommen.

Wortmeldungen

Ratspräsident Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Punkt. Das ist die Interpellation 2026-0572, auch von Thomas Schneider. Da geht es um die Prüfung einer kommunalen Schuldenbremse für Kloten. Die Interpellation wurde ebenfalls am 2. April eingereicht. Der Ablauf ist der gleiche. Thomas, du bist schon vorne für deine Begründung.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Wir diskutieren heute nicht über Sparpolitik. Wir diskutieren über Verantwortung, Steuerung und Risikobegrenzung. Ein Blick auf die gesetzlichen Grundlagen zeigt, dass das kantonale Gemeindegesetz die Gemeinden zum mittelfristigen Haushaltsausgleich der Erfolgsrechnung verpflichtet. Klingt extrem technisch, das bedeutet, aber eigentlich nichts anderes, als dass über mehrere Jahre hinweg Aufwand und Ertrag nicht dauerhaft auseinanderlaufen dürfen. Hat den Vorteil, dass keine Gemeinden in der Schweiz Konkurs gehen können. Als Folge davon ist klar, dass ein strukturiertes Defizit

unzulässig ist. Und das ist auch richtig und wichtig. Aber die gesetzlichen Vorgaben betreffen primär die Erfolgsrechnung. Und die sagt wenig über Investitionsvolumen, Finanzierung, Fehlbeträge, Liquiditätssteuerung, Zins und Refinanzierungsrisiken aus. Und vor allem sagt es nichts über Schuldenentwicklung aus. Eine Gemeinde kann formell gesetzeskonform handeln und gleichzeitig ihre Verschuldung stark erhöhen. Und da setzt die Diskussion für eine Schuldenbremse an. Und warum ist dieses Thema gerade jetzt relevant? Wenn wir Kloten anschauen, dann steht Kloten vor sehr hohen Nettoinvestitionen. Wir haben langfristige Infrastrukturprojekte. Wir haben eine steigende Abschreibung infolge von vergangenen Investitionen. Wir haben potenziell steigende Zinsen sowie hochvolatile Unternehmenssteuererträge. Und gleichzeitig zeigt der Finanzplan einen deutlichen Finanzierungsbedarf, der nicht vollständig aus eigener Kraft entdeckt werden kann. Das ist nicht Kritik, sondern das ist einfach eine nüchterne Feststellung. Andere Städte stehen vor genau gleichen und vergleichbaren Fragen. Bülach zeigt beispielsweise, dass hohe Investitionen und steigende Verschuldung nicht einfach hingenommen werden, sondern mit Schwellenwertregeln und finanzpolitischen Massnahmen gesteuert werden können. Und genau um diese Art von vorausschauender Steuerung geht es auch hier. Eine zentrale Frage lautet in diesem Zusammenhang, ob wir diese Entwicklung aktiv steuern wollen oder erst reagieren, wenn der Druck bereits zu hoch ist. Vielleicht noch ein paar Worte zur Einordnung. Eine Schuldenbremse ist kein Investitionsverbot, keine Sparideologie und kein Misstrauensvotum gegenüber dem Stadtrat. Es ist ein Regelwerk, das festlegt, wie stark Ausgaben wachsen dürfen und in welchem Umfang investiert werden kann, wann Korrekturmassnahmen ausgelöst werden, wie Ausnahmen geregelt sind und wie Transparenz hergestellt wird. Sie erarbeitet, richtig angewendet, Planbarkeit und nicht Blockaden. Für uns im Gemeinderat hat die Schuldenbremse den grossen Vorteil, dass wir unseren Auftrag, nämlich den Stadtrat zu kontrollieren, noch aktiver wahrnehmen können. Eine Schuldenbremse stärkt die Rolle des Parlaments ganz gewaltig. Weil es nämlich die Transparenz bei Investitionsprioritäten erhöht, fördert die Verlässlichkeit gegenüber der Bevölkerung und unterstützt eine generationsgerechte Finanzpolitik. Sie zwingt uns frühzeitig zu definieren, was ist Pflicht, was ist Wunschkonzert, was kann man verschieben und was ist finanziell tragbar. Und genau diese Diskussion gehört nach unserem Verständnis hier ins Parlament. Mit dieser Interpellation verlangen wir nicht die sofortige Einführung einer Schuldenbremse. Das wäre auch das falsche Mittel. Wir verlangen eine saubere Analyse, klare Schwellenwerte, transparente Szenarien, Prioritätenlisten im Ernstfall und eine ehrliche Bezifferung der zukünftigen Verschuldung. Erst wenn wir diese Antworten haben, können wir verantwortungsvoll entscheiden, ob und in welcher Form eine Schuldenbremse sinnvoll ist und wie sie ausgestaltet werden soll. Eine gute Finanzpolitik, und das weiss Mark selbstverständlich, die erkennt Risiken, bevor sie zur Belastung werden. Eine Schuldenbremse ist kein Zeichen von Schwäche, es ist ein Zeichen von Weitsicht. Und wenn wir heute Regeln definieren, dann schützen wir morgen unseren Handlungsspielraum. Das ist keine parteipolitische Begründung, sondern einfach eine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden, die in Kloten schlussendlich ihr Geld in unsere Obhut geben. Ich danke für die Beantwortung der Frage. Ich bin mir bewusst, es sind sehr umfangreiche Fragen und ich danke bereits im Voraus.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Thomas Schneider für deine Begründung. Darf ich den zuständigen Stadtrat Mark Wisskirchen fragen, ob der Stadtrat jetzt gerade eine Auskunft geben wird, das glaube ich zwar kaum, oder innerhalb von drei Monaten schriftlich?

Stadtrat Mark Wisskirchen: Also wieviel Zeit haben wir heute? Nein, selbstverständlich nicht. Es sind umfangreiche Fragen gestellt worden. Besten Dank für deine Interpellation. Selbstverständlich werden wir diese schriftlich, zeitgerecht beantworten. Ich glaube, wir haben ja nachher noch die Rechnung zum Abnehmen. Und wenn ich hier schaue, wie der Haushalt aussieht in Kloten, und jetzt muss ich das etwas grösser machen, wenn wir von einem Finanzvermögen von 650 Millionen ausgehen, mit einem Eigenkapital von rund 380 Millionen, und wenn man sieht, dass das Nettovermögen bei rund 122 Millionen liegt und das Vermögen pro Einwohner in der Stadt Kloten aktuell bei 5'500 Franken liegt, dann sind wir noch weit weg von

irgendwelchen Schulden und auf der Zinsseite sieht es eben genauso positiv respektive negativ aus, weil wir nämlich bei 0% liegen. Von daher sieht es im Moment nicht so aus, als bräuchte es noch eine Schulterbremse. Und selbstverständlich machen wir hier gerne eine Auslegeordnung und werden die zeitlich dem Gemeinderat vorstellen.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Mark Wisskirchen für die Stellungnahme des Stadtrates. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Peter Nabholz, FDP.

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: Der Vorstoss der SVP zur kommunalen Schuldenbremse wirkt auf den ersten Blick wie eine neue finanzpolitische Debatte, ist sie aber nicht. Diese Diskussion wurde in Kloten bereits 2012 geführt. Damals wurden, auf eine Interpellation der liberalen Kollegen der GLP hin, Antworten auf Fragen gegeben, welche die SVP heute erneut stellt. Mehrwert einer Schuldenbremse, Kennzahlen, Verschuldungsgrenzen, Investitionsprioritäten und Korrekturmechanismus und vieles mehr. Darum ist die eigentliche Frage nicht, ob finanzielle Stabilität wichtig ist. Das bestreitet auch niemand. Die Frage ist vielmehr, brauchen wir tatsächlich eine Wiederholung von einem bereits beantworteten Vorstoss zu einer kommunalen Schuldenbremse? Denn wir haben bereits Instrumente. Der Interpellant Thomas hat das erwähnt. Das Gemeindegesetz verlangt einen mittelfristigen Haushaltsausgleich. Dazu kommen die Budgetdebatten, wo ihr auch dabei seid. Eine Finanzplanung haben wir auch und dank der Beantwortung der Interpellation damals im Jahr 2012 hat der Stadtrat für den Gemeinderat auch aufgemacht, dass wir bei den Finanzplanungen jeweils dabei sein können. Und es finden Rechnungsprüfungen und Kontrollen der Gemeinden, respektive des Gemeinderats, statt. Also, es fehlt nicht an Regeln oder Grundlagen und Grundsätzen der Rechnungslegung. Die befinden sich übrigens auf den Seiten 31 bis 33 in der heutigen Rechnung. Es fehlt höchstens an der politischen Konsequenz, liebe SVP. Die SVP warnt heute vor steigenden Schulden, hat aber beim Budget 25 zusammen mit der Mitte eine Politik mitgetragen, die genau dazu führt, hohe Ausgaben, hohe Investitionen und gleichzeitig Ertragssteuer zu senken. Ausgaben hoch, Erträge runter und danach betroffen feststellen, dass Schulden ein Problem werden könnten. Ein Kernstück der Schuldenbremse ist, dass Steuersenkungen in der Regel Hand in Hand mit Ausgabesenkungen gehen. Man kann nicht gleichzeitig Einnahmen beschneiden, indem man den Steuerfuss über die Masse stark senkt und bei der Ausgabe zu wenig konsequent sein, sprich keine Streichungen oder Senkungen von Ausgaben, wie im Budget 2025 passiert, zu verlangen und zusätzlich hohe Investitionen durchwinken und sich dann über steigende Verschuldung ängstigen. Wenn ausgerechnet die SVP jetzt einen Schuldenbrief in dieser Art verlangt oder Fragen dazu stellt, hat das schon eine gewisse Ironie. Hinzu kommt der Aufwand. Der Stadtrat soll erneut Szenarien, Kennzahlen, Modelle ausarbeiten, obwohl das längst diskutiert und vorhanden ist. Ein Beispiel dazu. Ihr seid ja bei der Sitzung der Finanzplanung auch dabei. Und auf mehrere Jahre hat die Kennzahlen drin und die sind unterlegt. Und ihr fragt jetzt an, Schwarz auf Weiss, was in der Finanzplanung und in jeder neuen Rechnung auch steht. In der Rechnung 25 übrigens auf der Seite 18 beim Selbstfinanzierungsgrad und auf der Seite 57 beim Haushaltsausgleich habt ihr die Antworten auf viele von euren Fragen. Gerade bei euch, die so viel Effizienz verlangt, wundert mich doch das Vorgehen im Moment doch sehr. Zwei kleine Beispiele. Der Bund hat zum Teil völlig andere Ausgangslagen und Bedingungen als eine Gemeinde wie Kloten. Als Beispiel wurde die Schuldenbremse seinerzeit eingeführt, als wir ein Problem hatten, wo der Bund diese notgedrungen aufgrund jahrelanger chronischer Defizite und einer unkontrollierten Verschuldung eingeführt hat. In Kloten führen wir seit Jahrzehnten eine auf Basis von mathematischer und ökonomischer Grundlage rollende Finanzplanung unter finanzpolitischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Das zweite Beispiel. In der Schuldenbremse auf Bundeseite werden Konjunkturzyklen, konjunkturelle Auslastung usw. berücksichtigt. Ein kommunales Gemeinwesen unterliegt aufgrund seiner Kleinheit völlig anderen Mechanismen. Die meisten Fragen der Interpellation werden im Rahmen unserer Klotener Finanzpolitik laufend beurteilt. Nicht mit einem Vorstoss, der vor allem eines ist, eine politische Wiederholung mit Schaufenster-Charakter. Und besonders bei dieser Menge der Fragen eher motionsfähig.

Darum erachten wir, die FDP, die liberalen Kloten, diesen Vorstoss in seiner heutigen Form als nicht notwendig. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Peter Nabholz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat Diana Diaz, Grüne?

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: In vielen Gemeinden kann man eine Diskussion über Schuldenbremse machen, das könnte sinnvoll sein. Aber in Gemeinden mit angespannten Finanzen oder strukturellen Defiziten muss man sich überlegen, wie die finanzielle Stabilität langfristig gesichert werden kann. Aber in Kloten scheint mir diese Debatte wirklich ein bisschen weit hergeholt. Wir haben die Zahlen von Mark Wisskirchen vorher gehört. Kloten hat schon heute klare gesetzliche Vorgaben. Das Gemeindegesetz verlangt einen mittelfristigen Haushaltsausgleich. Die Stadt kann also nicht einfach über ihre Verhältnisse leben. Gleichzeitig haben wir in den vergangenen Jahren regelmässig Überschüsse erzielt und mit den finanzpolitischen Reserven bewusst Vorsorgemassnahmen getroffen. Dank einer soliden Finanzpolitik stehen wir heute finanziell gut da und bleiben auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig. Darum frage ich mich, welches Ziel diese Interpellation eigentlich hat. Geht es darum, Investitionen zu streichen mit einem Streichungskatalog? Geht es darum, den politischen Druck für künftige Steuersenkungen zu erhöhen? Logisch, wir müssen sorgfältig mit den Steuergeldern umgehen. Das bestreitet niemand. Dafür haben wir ja schon gute Instrumente. Nabi hat es vorhin auch gut aufgelistet. Wir beraten das Budget, die Rechnung, die Investitionsplanung, tragen gemeinsam Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik. Und in der Begründung der Interpellation verweist du, Thomas, auf Generationengerechtigkeit. Diese Gedanken teile ich mit dir. Das ist mir enorm wichtig. Aber für mich bedeutet Generationengerechtigkeit nicht nur möglichst wenig Schulden zu hinterlassen, sondern auch in die Zukunft zu investieren. Es geht nur gerecht, wenn wir den kommenden Generationen eine leistungsfähige Infrastruktur hinterlassen, gute Schulen, eine sichere Energieversorgung, klimaanpasste Städte, ein lebenswertes Stadtleben, Stadtquartier sowie Grünräume, in denen sich die Biodiversität entfalten kann. Gerade vor diesem Hintergrund und vor diesen Herausforderungen müssen wir uns nicht zusätzliche Hürden aufzwingen. Wir müssen künftig dort investieren können, wo der langfristige Nutzen für die Bevölkerung und für die kommenden Generationen besteht. Danke.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Sigi Sommer, SP.

SP-Fraktion, Sigi Sommer: Wir haben uns auch über die Interpellation gewundert, denn aus vorher schon genannten Gründen erschliesst sich das uns überhaupt nicht. Aber es sieht so aus, als wenn es ein Muster zu SVP-Schuldenbremsvorstössen abzeichnet. In verschiedenen Städten wie Winti, Dübi, Uster, Zürich und auch auf Kantonsebene sind solche Vorstösse der SVP mit unterschiedlichem Ausgang bereits lanciert worden oder in der Planung. Dass wir uns hier in Kloten auch noch damit beschäftigen müssen, scheint möglicherweise daran zu liegen, dass die SVP eine Kampagne für solche Vorstösse gestartet hat. Unabhängig davon, wie in den einzelnen Gemeinden die Finanzlage aussieht. Für uns ist die Interpellation auch total überflüssig, eine Profilierungsaktion, reine Polemik und ganz besonders eine unnötige Beschäftigung unserer Verwaltung. Kloten hat seit Jahrzehnten keine Netto-Schulden, sondern nur Netto-Vermögen. Die zukünftigen, nötigen Investitionen werden vorausschauend und umsichtig geplant. Es wird nicht geklotzt. Unsere Verwaltung achtet penibel darauf, dass das Budget nicht überschritten wird und hat zusammen mit dem Stadtrat eine grosse Budgetdisziplin. Und vor allem wird unsere Verwaltung regelmässig bei der Rechnungsprüfung zu Recht gelobt, wie sorgfältig sie mit den Steuergeldern umgeht. Falls es aber in Sachen Kosten einmal Gegensteuer braucht, haben wir in der jährlichen Budgetsitzung genug Möglichkeiten dazu. Besonders wegen der momentanen Finanzlage der Stadt Kloten und der unsinnigen Beschäftigungstherapie der Verwaltung unterstützt die SP Kloten die Interpretation nicht. Im Gegenteil, wir empfinden sie als klaren Frontalangriff und Misstrauensvotum gegenüber dem Bürgerlichen Stadtrat und unserer Verwaltung. Danke vielmals.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Sigi Sommer. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? André Käser, GLP.

GLP-Fraktion, André Käser: Bei mir ist es jetzt so weit. Es ist das letzte Mal, dass ich mich zu einem Geschäft in diesem Gemeinderat melde, wenigstens vorläufig. Man weiss nie. Ja, GLP teilt das Anliegen, dass die Stadt Kloten finanziell weiterhin solid geführt wird. Vor allem bei hohen Investitionen braucht es einen klaren Blick auf Tragbarkeit, Prioritäten und Folgekosten. Gleichzeitig sind wir heute, 14 Jahre später, lieber Nabi, gegenüber einer pauschalen kommunalen Schuldenbremse sehr skeptisch. Man darf auch gescheitert werden. Wir verfügen schon heute über klare Kennzahlen. Du hast sie erwähnt, Nabi. Entscheidend ist darum nicht, ob wir ein neues Instrument mit dem Namen Schuldenbremse schaffen. Entscheidend ist, ob wir die bestehenden Instrumente konsequent nutzen. Für die GLP ist klar, der Gemeinderat ist zusammen mit der GRPK die personifizierte Schuldenbremse der Stadt. Selbstverständlich tragen vor allem auch der Stadtrat und die Verwaltung Verantwortung dafür, dass Kloten finanziell solide dasteht. Eine automatische Regel kann diese Verantwortung nicht ersetzen, sie kann den Blick sogar verengen. Nicht jede Investition ist gleich. Es macht einen Unterschied, ob Geld für kurzfristige Wünsche ausgegeben wird oder ob wir in Schulen, Infrastruktur, Werterhalt, Energie oder eine qualitätsvolle Stadtentwicklung investieren. Gerade das Zentrum Schluefweg zeigt, dass grosse Infrastrukturen nicht mit einfachen Automatismen gesteuert werden können. Bauliche Abhängigkeiten, gesetzliche Auflagen, Energiefragen, Betriebssicherheit, Teilbetrachtungen können hier zu Doppelspurigkeit und Fehlinvestitionen führen. Zu langes Zuwarten bei Investitionen kann den Handlungsspielraum verengen und am Ende ist alles teurer. Kloten braucht deshalb keine pauschale Schuldenbremse, die die Investitionen mechanisch bremst. Kloten braucht klare Prioritäten, transparente Grundlagen und eine Politik, die bei jedem Projekt sorgfältig prüft und fragt, was ist notwendig, was ist finanzierbar, was kann warten und was wird teurer, wenn wir es zu lange rausschieben. Die Interpellation stellt berechnete Fragen, aus denen folgt für uns aber nicht, dass eine pauschale Schuldenbremse die richtige Antwort ist. Die beste Schuldenbremse sitzt vor mir. Ein Gemeinderat, ein Stadtrat und Verwaltung, die ihre Verantwortung wahrnimmt. Vielen Dank.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, André Käser. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit wird die Interpellation innerhalb der vorgegebenen Frist beantwortet.

Lokalzeitung Stadt Kloten; Kreditgenehmigung

1. Ausgangslage

Der «Klotener Anzeiger» erscheint seit 1948 in der Stadt Kloten als abonnierte Wochenzeitung und ist seit Jahrzehnten ein beliebtes und wichtiges Informationsmedium für die Klotener Bevölkerung. Zurzeit wird die Wochenzeitung mit einer Auflage von 1'800 Exemplaren (Normalauflage) bzw. 12'400 Exemplare (Grossauflage 1 x im Monat in alle Haushalte) produziert.

2017 hat die Lokalinfo AG, Zürich, die Verlagsrechte der Wochenzeitung «Klotener Anzeiger» übernommen. Damals wurde auch ein erstes Online-Angebot (Veröffentlichung der Zeitung im PDF-Format im Abonnentenbereich) eingeführt und bis heute in dieser Form beibehalten. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Wochenzeitung nicht nur als Lokalzeitung, sondern auch als amtliches Publikationsorgan genutzt. Seit 2022 gilt der «Klotener Anzeiger» jedoch nicht mehr als amtliches Publikationsorgan. Für die «Stadtseite», auf welcher die Stadt Kloten Informationen aus Gemeinderat, Stadtrat und Verwaltung selbständig publiziert, betrug der Beitrag der Stadt Kloten 2024 Fr. 136'206.00 und 2025 Fr. 168'636.00.

Printmedien stehen seit Jahren unter erheblichem finanziellem Druck: Werbe- und Abonnementserträge gehen zurück, das Mediennutzungsverhalten der Bevölkerung wandelt sich grundlegend, und gleichzeitig steigen die Kosten für Produktion, Personal und Vertrieb kontinuierlich an. Diese Entwicklung hat in den vergangenen Jahren auch der «Klotener Anzeiger» deutlich zu spüren bekommen. So musste die Wochenzeitung im Jahr 2025 mit zusätzlichen Fr. 30'000.00 unterstützt werden, womit sich die Gesamtkosten inklusive Stadtseite auf Fr. 196'206.00 beliefen. Im laufenden Jahr beträgt die zusätzliche Unterstützung bereits Fr. 60'000.00, was Gesamtkosten von Fr. 233'496.00 ergibt.

Die Lokalinfo AG machte damals deutlich, dass ohne diese finanzielle Unterstützung der bestehende Vertrag nicht mehr erfüllt werden könne und eine Kündigung in Betracht gezogen werden müsste. Für eine Weiterführung des Angebots ab 2027 sei zudem eine jährliche Unterstützung von rund Fr. 300'000 erforderlich. Ähnliche Herausforderungen zeigen sich auch in anderen Städten und Gemeinden, darunter Volketswil und Opfikon. Ohne substanzielle finanzielle Beiträge ist die wirtschaftliche Herausgabe einer lokal verankerten Zeitung heute nicht mehr realisierbar.

2. Submissionsverfahren

Aufgrund der Höhe der Unterstützung für die nächsten vier Jahre war aus Gründen des Submissionsrechts eine Ausschreibung notwendig, welche am 24. Oktober 2025 erfolgte. Es handelte sich um ein offenes Verfahren gemäss dem Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVÖB) und der Submissionsverordnung des Kantons Zürich (SVO).

Während der Eingabefrist bewarben sich zwei Unternehmen, die Lokalinfo AG, Zürich, und die Maximedia Productions AG, Eglisau, zusammen mit dem Medienunternehmen Cavelti AG, Gossau (SG). Die Unternehmen Maximedia/Cavelti reichten dazu eine «Unternehmervariante» ein. Die Offerten wurden von den beiden Unternehmungen am 13. Januar 2026 vorgestellt und anschliessend anhand der vom Stadtrat definierten Kriterien bewertet.

Gemäss Art. 41 der IVÖB erhält das «vorteilhafteste Angebot» den Zuschlag. Die Angebote wurden gemäss den folgenden Zuschlagskriterien bewertet:

- Konzept (Print / Online) (25 %);

- Organisation, Schlüsselpersonen, Angebotspräsentation, Referenzen (25 %);
- Kostenbeitrag Stadt Kloten (50 %).

Die Auswertung ergab ein klares Resultat, indem die Variante 2 der Offerte von «Maximedia/Cavelti» die höchste Punktzahl erreichte.

1. Variante 2 Maximedia/Cavelti (Projektname «Kloten24»)	87,30 Punkte
2. Variante 1 Maximedia/Cavelti (Projektname «Klotener Anzeiger»)	86,90 Punkte
3. Lokalinfo AG («Klotener Anzeiger»)	82,50 Punkte

Die Maximedia AG ist ein unabhängiges Schweizer Medien- und Kommunikationsunternehmen mit Sitz in Eglisau. Seit über 15 Jahren produziert das Unternehmen unter der Leitung von Peter Wick audiovisuelle sowie redaktionelle Inhalte für Fernsehen, Online-Plattformen, Unternehmen und öffentliche Institutionen.

Zum Kerngeschäft von Maximedia gehören:

- Redaktionelle Dienstleistungen (News, Magazine, Corporate Publishing);
- Audiovisuelle Medienproduktion (TV-Beiträge, Livestreaming, Studioformate);
- Digitale Content-Produktion (Web, Social Media, Multimedia);
- Medienberatung und die Entwicklung von Kommunikationsstrategien.

Mit zu24.ch betreiben Maximedia und Peter Wick gemeinsam mit Co-Verleger Marc Jäggi eine eigenständige Marke, die sich innert kurzer Zeit als führendes digitales Informationsportal für das Zürcher Unterland etabliert hat. Die Plattform berichtet aktuell, unabhängig und nah an der Bevölkerung – mit klarem Fokus auf kommunale Themen, Politik, Gesellschaft, Sport, Verkehr und regionale Ereignisse.

Die Cavelti AG ist ein traditionsreiches Familienunternehmen (gegründet 1880) mit rund 65 Mitarbeitenden und drei Geschäftsbereichen: Content & Verlag, Pre-Media sowie Druck & Weiterverarbeitung. Das Unternehmen arbeitet nach zertifizierten Qualitätsstandards (ISO 9001, Swiss PSO) und verfügt über die Kommunikationsagentur Kernbrand AG sowie den verbundenen Verlag Cavelti Medien AG mit mehreren regionalen Publikationsplattformen. Die Cavelti AG veröffentlicht verschiedene Publikationsorgane in der Ostschweiz (u.A. Degersheim, Flawil, Wittenbach).

3. Leistungen

Dem Stadtrat war es wichtig, dass trotz der grossen Veränderungen in der Medienlandschaft und der starken Tendenz zu kostenlosen digitalen Angeboten auch weiterhin eine Printausgabe, exklusiv für die Stadt Kloten, angeboten werden kann. Das Angebot von Maximedia/Cavelti lässt sich folgendermassen zusammenfassen:

- Tagesaktuelles Digitalangebot (angelehnt an zu24.ch; für Mobile und Desktop).
- Zwei Print-Grossauflagen pro Monat in alle Haushalte mit Themenvertiefungen, welche das digitale Angebot ergänzen. Ausführung: Tabloid-Format.
- Klare lokale Ausrichtung auf Kloten.
- Keine Abokosten für die Bevölkerung.

Das Konzept wurde seitens Maximedia/Cavelti in der Offerte folgendermassen umschrieben:

Kloten24 ist das neue, zeitgemässe Medienprojekt für die Stadt Kloten – ein urbanes Print- und Digitalkonzept, dass die Dynamik, Vielfalt und Identität der Flughafenstadt abbildet. Entwickelt und verantwortet von Peter Wick und Marc Jäggi entsteht ein publizistisches Angebot, das lokale Relevanz, journalistische Qualität und moderne Gestaltung vereint.

– *Kloten24 – Das Lagerfeuer der Stadt*

Kloten ist eine der dynamischsten Städte des Kantons Zürich. Hier treffen internationale Unternehmen, Flughafenbetrieb, Vereinskultur und ein vitales Stadtleben aufeinander. Kloten24 – wird zum Lagerfeuer der Stadt: Ein Ort, an dem Informationen zusammenfliessen, Orientierung geboten wird und Debatten ihren Raum erhalten. Als Navigator im Informationsstrom versteht sich das Medium als Hüterin der demokratischen Prozesse. Kritisch, fair und faktenbasiert begleitet Kloten24 politische Entwicklungen, beleuchtet Hintergründe und schafft Transparenz vor wichtigen Entscheidungen. Alle Stimmen sollen gehört werden – das ist unser publizistischer Auftrag.

- *Printausgabe im Tabloid-Format*

Die alle 14 Tage erscheinende Printausgabe verbindet klassische Gemeindeinformationen mit der Lebendigkeit eines modernen Stadtmagazins. Das handliche Tabloid Format bietet grosszügigen Platz für bildstarke Reportagen, klare Typografie und ein urbanes Layout. Es ist mobil, alltagstauglich und entspricht der Lebensrealität der Bevölkerung. Inhaltlich gliedert sich die Zeitung in klar definierte Bereiche:

- Politik und Stadtleben*
- Amtliche Mitteilungen, Baugesuche, Stadtparlaments- und Finanzinformationen*
- Bau, Infrastruktur und Stadtentwicklung*
- Wirtschaft, Firmenporträts und Neueröffnungen*
- Lifestyle, Gesellschaft, Freizeit und Kultur*
- Sport - im Fokus EHC Kloten, FC Kloten, Kloten Dietlikon Jets etc.*
- Vereine - das Rückgrat der Stadt • Reportagen und Portraits*
- Kolumnen von Klotener Persönlichkeiten*
- Agenda, Service, Inserate und regionale Hinweise.*

Gedruckt wird auf hochwertigem, FSC-zertifiziertem Recyclingpapier (Blue Angel). Die matte Oberfläche und die natürliche Haptik verleihen der Zeitung eine moderne, hochwertige Anmutung und unterstreichen den ökologischen Anspruch.

- *Digital ergänzt durch Kloten24.ch*

Die digitale Plattform Kloten24.ch liefert tagesaktuelle News, Eilmeldungen und spontane Ereignisse aus dem gesamten Zürcher Unterland. Print bietet Orientierung und Tiefe, Digital sorgt für Aktualität und Reichweite. Gemeinsam entsteht ein multikanalfähiges Informationsökosystem, das die gesamte Bevölkerung abholt – ob zuhause, unterwegs, online oder offline.

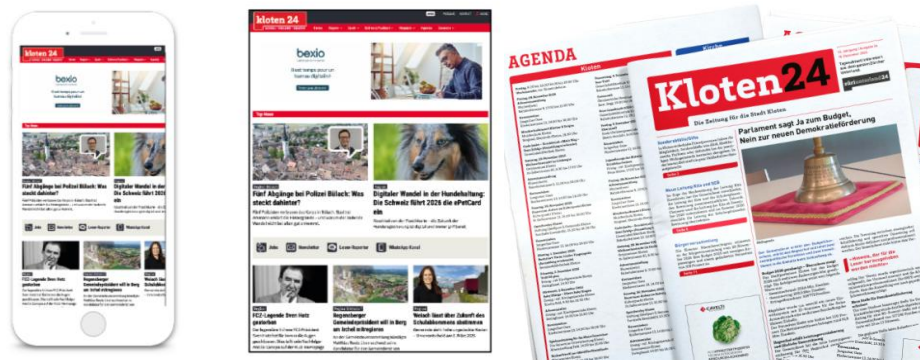
- *Vision, Haltung und Anspruch*

Kloten24 versteht sich als publizistische Heimat der Stadt und Region. Das Medium ist modern, mutig, lokal verankert und journalistisch hochwertig. Die Vision ist klar: Ein gut informiertes, selbstbewusstes Kloten, dass seine Vielfalt kennt und lebt. Die Tonalität ist gepflegt, unterhaltsam, klar und pointiert. Der Stil lädt zum Lesen ein und zeigt dennoch Haltung. In Zusammenarbeit mit der Stadt wird professionell, konstruktiv und transparent gearbeitet – stets nach dem Journalistenkodex des schweizerischen Presserates und ethischen Prinzipien.

- *Ein urbanes Kommunikationsinstrument*

Kloten24 ist mehr als eine Zeitung. Es ist ein strategisches Kommunikationsinstrument, das urbanes Lebensgefühl, klare Information und moderne Gestaltung vereint. Durch die enge Verbindung von

Print und Digital entsteht eine nachhaltige, reichweitenstarke und zeitgemässe Medienlösung für die gesamte Bevölkerung.



Abbildungen: Mögliches Erscheinungsbild der digitalen Angebote und der Zeitung.

4. Kosten

Die jährlichen Kosten wurden mit Fr. 330'000.00 und einmaligen Initialisierungskosten von Fr. 20'000.00 offeriert. Somit ergibt sich für die Zeitspanne von vier Jahren (2027 bis 2030) ein Betrag von Fr. 1'340'000.00 (exkl. MWST). Inklusive Mehrwertsteuer betragen die Kosten Fr. 1'448'540.00.

Die Ausschreibung enthielt auch die Option, den Vertrag um vier weitere Jahre zu verlängern. Ob diese Option «gezogen» wird, kann vor Ablauf der ersten vier Jahre entschieden werden. Dies bedingt einen weiteren Kredit.

5. Kreditrechtliche Überlegungen

Gemäss Art. 16 Abs. 1 lit. f Gemeindeordnung (GO) beschliesst der Gemeinderat über neue, einmalige Ausgaben bis zu Fr. 2'000'000.00 abschliessend.

6. Wertung

Printmedien stehen vor grossen wirtschaftlichen Herausforderungen, weil (oftmals kostenlose) digitale Angebote schneller, günstiger und örtlich unabhängig verfügbar sind. Gleichzeitig brechen Werbe- und Abo-Einnahmen weg und die Fixkosten der Verlage steigen stetig an. Nicht zuletzt hat sich das Mediennutzungsverhalten stark verändert: Viele Personen konsumieren Inhalte lieber über ihre Smartphones, über die sozialen Medien oder über Streaming-Formate.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass es für den Zusammenhalt in der Stadt Kloten und für die Meinungsbildung zu politischen Themen wichtig ist, dass sowohl Print- als auch digitale Kanäle genutzt werden können. So können Klotener/innen jedes Alters einbezogen und informiert werden. Das Konzept von Maximedia/Cavelti besticht zudem darin, dass die Reichweite im Vergleich zu heute stark ausgebaut wird.

Ein solches Angebot hat aber auch seinen Preis. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren ist die Medienversorgung aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand möglich.

7. Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat einen Kredit von Fr. 1'448'540.00 (inkl. MWST) für die Veröffentlichung einer Lokalzeitung in Printform und mit ergänzendem digitalem Angebot für die Jahre 2027 bis 2030.
2. Die Kosten sind in den jeweiligen Jahren zu budgetieren und dem Konto 221010/310200 zu belasten.
3. Der Auftrag ist an die Maximedia AG, Eglisau, und die Cavelti AG, Gossau (SG), gemäss ihrer Offerte zu vergeben.

8. Antrag Stadtrat

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Kredit von Fr. 1'448'540.00 (inkl. MWST) für die Veröffentlichung einer Lokalzeitung in Printform und mit ergänzendem digitalem Angebot für die Jahre 2027 bis 2030 wird genehmigt.
2. Die Kosten sind in den jeweiligen Jahren zu budgetieren und dem Konto 221010/310200 zu belasten.

Beschluss:

1. Der Kredit von Fr. 1'448'540.00 (inkl. MWST) für die Veröffentlichung einer Lokalzeitung in Printform und mit ergänzendem digitalem Angebot für die Jahre 2027 bis 2030 wird einstimmig genehmigt.
2. Die Kosten sind in den jeweiligen Jahren zu budgetieren und dem Konto 221010/310200 zu belasten.

Wortmeldungen:

Ratspräsident Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Geschäft. Das ist die Vorlage 2025-0128, Lokalzeitung Stadt Kloten, Kreditgenehmigung. Die Vorlage wurde am 17. März 2026 mit dem Stadtratsbeschluss 74-2026 an den Gemeinderat überwiesen. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) hat diese Vorlage am 12. Mai 2026 abgenommen. Der Ablauf ist folgender: Zuerst die Wortmeldung aus der GRPK durch den Referenten Bert Horvath, dann allfällige weitere Wortmeldungen aus der GRPK, Wortmeldung aus dem Stadtrat, Wortmeldung aus dem Rat und dann die Abstimmung. Darf ich Bert Horvath (EVP), als Sprecher der GRPK, nach vorne bitten?

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK), Bert Horvath: Der Gemeinderat wurde über die Vorlage 2025-0128 ausführlich informiert und am 18. März ging auch eine Medienmitteilung an die Öffentlichkeit. Deshalb mache ich es kurz, ich denke, es gibt noch genügend Referenten hinterher, und fokussiere mich auf die wichtigsten Punkte. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK hat die Vorlage betreffend Kredit für die Herausgabe einer Lokalzeitung mit ergänzendem digitalem Angebot für die Jahre 2027 bis 2030 geprüft. Ausgangspunkt dieser Vorlage war die Mitteilung der bisherigen Herausgeberin, das ist Lokalinfo AG vom Klotener Anzeiger, dass der bestehende Vertrag zu den bisherigen Bedingungen nicht mehr weitergeführt werden kann. Bereits letztes Jahr hat die Stadt Kloten zusätzlich 30'000 Franken eingebracht. Dieses Jahr sind es 60'000 Franken und für das nächste Jahr, für 2027, werden es noch viel mehr sein. Aufgrund der zu erwartenden Kosten war die Stadt verpflichtet, ein öffentliches Submissionsverfahren durchzuführen. Im Rahmen dieser Ausschreibung sind zwei Angebote eingegangen und die Offerten wurden anhand der vorgängig festgelegten Kriterien bewertet. Konzept, Organisation, Referenzen und Kostenbeitrag der Stadt. Den Zuschlag hat die Offerte der Maximedia Productions AG zusammen mit der Cavelti AG erhalten. Der Zuschlagsentscheid ist mittlerweile rechtskräftig. Es sind zwei Firmen, die das Ganze miteinander lancieren. Das vorgesehene Angebot umfasst eine kostenfreie Printausgabe mit zwei Grossauflagen pro Monat sowie ein ergänzendes digitales Informationsangebot. Für eine Vertragsdauer von vier Jahren werden Kosten von insgesamt rund 1,449 Mio. Franken beantragt. Darin sind pro Jahr 330'000 Franken enthalten plus einmalig Initialkosten von 20'000 Franken, ohne Mehrwertsteuer. Die GRPK hat das Ausschreibungsverfahren, die Kostenentwicklung im Vergleich zum bisherigen Modell, sowie den beantragten Kredit geprüft. Fragen der Kommission wurden von der Verwaltung beantwortet. Vielen Dank an dieser Stelle. Die GRPK hat die Vorlage des Stadtrats einstimmig gutgeheissen und beantragt dem Gemeinderat der Vorlage, somit dem Kredit von rund 1,449 Millionen, resp. genau beziffert 1'448'540 Franken, inklusive Mehrwertsteuer, zuzustimmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals, Bert Horvath als Referent von der GRPK. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte der zuständige Stadtpräsident

René Huber das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Diana Diaz, Grüne.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Im Namen der Grünen-Fraktion begrüssen wir den vorliegenden Vorschlag. Das Auswahlverfahren ist nach klaren und nachvollziehbaren Kriterien durchgeführt worden und wir erachten das als positiv, dass mit dem neuen Anbieter frischer Wind in die lokale Medienlandschaft kommt. Besonders begrüssen wir, dass die lokale Berichterstattung allen Haushalten gratis im Zwei-Wochen-Takt zugestellt werden soll. Gleichzeitig sehen wir aber auch kritische Punkte. Das gewählte Gratisformat wirft Fragen bezüglich der Menge von Werbung auf. Es besteht Gefahr, dass die Zeitung zunehmend als Werbeträger wahrgenommen wird und der journalistische Mehrwert in den Hintergrund gerät. Aus Grüner Sicht ist zudem der erhöhte Papieraufwand nicht zu vernachlässigen. Viele Menschen informieren sich heute digital. Wenn diese Zeitung ungefragt an alle Haushalte verteilt wird, ohne dass es eine einfache Möglichkeit gibt, die gedruckte Ausgabe abzubestellen und einfach nur digital zu lesen, führt das zwangsläufig zu viel mehr Papierverbrauch. Trotzdem sind wir der Meinung, dass man neuen Ideen eine Chance geben sollte und wir sind offen, neue Wege und neue Formate zu testen. Gleichzeitig möchten wir festhalten, dass der bisherige Klotener Anzeiger von vielen Einwohnern geschätzt wird und er über viele Jahre hinweg wichtige Arbeit für Kloten geleistet hat. Die Grünen unterstützen den Kredit und werden die Entwicklungen der neuen Lokalzeitung mit Interesse verfolgen.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dominique Chambettaz, Die Mitte.

Die Mitte Fraktion, Dominique Chambettaz: Für eine lebendige Demokratie braucht es eine gut informierte Bevölkerung. Wer gut informiert ist, interessiert sich stärker für lokale Themen und beteiligt sich aktiver am gesellschaftlichen Leben. Die Medienlandschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Immer mehr Menschen informieren sich digital. Mit dem Projekt Kloten24 bekommen wir eine moderne Lösung, die Print und Digital sinnvoll verbindet. Die Zeitung wird zweimal pro Monat gratis allen Haushalten verteilt und durch ein aktuelles Online-Angebot ergänzt. Das Projekt Kloten24 bietet die Möglichkeit, mehr Menschen zu erreichen und Informationen für alle Generationen zugänglich zu machen. Die Mitte Kloten unterstützt das Geschäft. Danke.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Dominique Chambettaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Anita Egg, SP,

SP-Fraktion, Anita Egg: Als ich 1966 nach Kloten zog, hat man dieser Zeitung damals das «Chäsblettli» gesagt. Wie es offiziell hiess, weiss ich nicht mehr. Während den vergangenen 60 Jahren hat es, soweit ich mich erinnern kann, immer wieder Änderungen gegeben im Titel und im Layout. Und in den letzten Jahren ist ein kleines Online-Angebot dazugekommen. Wir alle wünschen uns ein Lokalblatt, denke ich, denke wir alle, welches die Identifikation mit unserer Stadt fördert, mit den Vereinen, mit den Institutionen. Das heisst, ein Blatt oder eine Zeitung, die gelesen wird, auch von der jüngeren Generation. Unsere Gesellschaft hat sich verändert, unter anderem durch und mit Socialmedia. Nach 80 Jahren des Erscheinens in einer immer wieder ähnlichen Form können wir einen Neuanfang wagen, denke ich. Darum stimmen wir dieser Kreditvorlage zu. Danke.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals, Anita Egg. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Willi Bühler, FDP.

FDP-Fraktion, Willi Bühler: Die Medienwelt verändert sich, das bekommen wir alle mit, und macht auch vor der Lokalzeitung in Kloten nicht Halt. Wir entscheiden heute hier über unsere zukünftige Lokalzeitung mit der Kreditgenehmigung gemäss Vorlage 2025-0128. Den Klotener Anzeiger möchten wir nicht missen, er erscheint seit 1948 als Wochenzeitung und ist ein wichtiges Informationsblatt für die Bevölkerung von Kloten. Jeder verändert sich, die Mediennutzung, wie wir schon vorher gehört haben, sehr stark und die Bevölkerung

informiert sich heute zunehmend auch digital. Der Stadtrat hat nach einem ordentlichen Submissionsverfahren den Antrag am Maximedia Production AG aus Eglisau in Zusammenarbeit mit der Cavelti AG aus Gossau, St. Gallen, erteilt. Für die FDP ist es wichtig, dass der Auftrag in einem offenen Wettbewerb vergeben wurde und das bestbewertete Angebot den Zuschlag erhalten hat. Kombination aus lokaler Verankerung, digitaler Aktualität, gedruckter Präsenz usw. überzeugen. Die FDP begrüsst die Verwendung von Print und Digital, weil sie dem heutigen Informationsverhalten der Bevölkerung entspricht und mehr Menschen erreicht in Kloten. Das neue Konzept mit dem Medienangebot Kloten24 trägt dieser Entwicklung bei. Mit zwei Grossauflagen pro Monat bleibt weiterhin ein gedrucktes Angebot für alle Haushalte bestehen. Für die FDP ist entscheidend, dass die Werte erhalten bleiben und gleichzeitig mit dem digitalen Angebot auch die Zukunft der lokalen Medienversorgung gesichert wird. Die Informationen durch Print sowie digital sind für die Bevölkerung kostenlos zugänglich. Auch ist die lokale Berichterstattung und Ausrichtung auf Kloten gewährleistet. Auch da scheint für die FDP das neue Modell die bessere Lösung für die Zukunft zu sein. Aber eben, wie wir wissen, ohne finanzielle Unterstützung geht nichts mehr. Und auch da muss die Stadt etwas beitragen. Und wir könnten die lokal verankerte Medienversorgung nicht mehr rechtfertigen. Das unterstützt die FDP Kloten. die Liberalen den Kreditantrag des Stadtrats. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals, Willi Bühler. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Gemeinde? Roman Walt, GLP.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Eine moderne, zukunftsgerichtete, tagesaktuelle, digitale Newsplattform, ergänzt um eine gedruckte Zeitung, die alle zwei Wochen gratis in allen Klotener Haushalten verteilt wird. Und das zu einem für unsere Stadt Kloten fairen Preis. Die GLP Kloten unterstützt dieses Vorhaben und wird dem Geschäft einstimmig zustimmen. An dieser Stelle könnte jetzt unsere Stellungnahme schon fertig sein. Es wäre eine meiner Kürzeren in den letzten zwölf Jahren. Aber das ist es leider doch noch nicht ganz. Uns ist nämlich wichtig, dass wir den Weg, den langfristigen Weg von dieser zukünftigen Zeitung oder News-Plattform, anders als das vielleicht jetzt bei der Ausschreibung und bei der Vergabe der Fall war, nach Ablauf der jetzt geplanten vierjährigen Laufzeit gemeinsam gestaltet haben. Anbietende der Zeitung, Politik, Verwaltung, Vereine und Bevölkerung. Damit das Angebot zu einem lebendigen Lagerfeuer wird, wie uns im Geschäft versprochen wird, braucht es ein bisschen mehr als nur optimistische Worte. Die GLP erwartet deshalb eine offene Diskussionskultur und den Einbezug von breiten Teilen der Bevölkerung, wenn es an die Weiterführung des Angebots geht. Die GLP ist natürlich bereit, sich da selbst aktiv einzubringen, so dass das neue Angebot, an die, wir haben es gehört, 78-jährige Geschichte des Klotener-Anzeigers - und auch an dieser Stelle würdigen wir natürlich die Arbeit des Anzeigers oder wie er früher auch bei uns hiess «Chäsbletli» - anknüpfen kann und die ganze Geschichte in eine moderne und erfolgreiche Zukunft geführt wird. Vielen Dank.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals, Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? André Gerber, SVP.

SVP-Fraktion, André Gerber: Es freut mich, dass ich im Namen der SVP-Fraktion ein paar Worte zu dieser Vorlage 2025-0128, Lokalzeitung Stadt Kloten, Kreditgenehmigung an euch richten darf. Bei dieser Vorlage geht es um einen Kredit für die nächsten vier Jahre, 2027 bis 2030. 148'540 Franken inklusive Mehrwertsteuer, wie wir schon mehrmals gehört haben, damit wir auch in Zukunft noch eine Lokalzeitung in Kloten haben. Wie auch schon von meinen Vorrednern erwähnt, gibt es diese Zeitung schon seit 1948, also schon lange vor meiner Zeit. Und sie war sehr beliebt. Vor allem wurde, von denen, die sie abonniert haben geschätzt, dass man sie wöchentlich lesen konnte. Die aktuelle Situation ist so, dass wir in etwa 17'800 Exemplare pro Monat bekommen. Die Zukunft: Wie wir gesehen haben, da der Stadtrat diese Ausschreibung am 25. Oktober in einem Submissionsverfahren letztes Jahr gemacht hat, haben die Lokalinfo AG Zürich und die Maximedia Production AG aus Eglisau zusammen mit der Cavelti AG aus Gossau, St. Gallen die Offerten eingereicht. Bei einer sorgfältigen Überprüfung nach der Präsentation im Januar 2026 wurden die Kriterien

bewertet nach Konzept, Print/online, Organisation, Schlüsselpersonen, Präsentation, Referenzen und am wichtigsten, den grössten Anteil, selbstverständlich, der Kostenbeitrag, den wir von der Stadt Kloten zahlen müssen. Das Resultat der Auswertung war klar. Maximedia/Cavelti mit dem Projekt Kloten24 hat obenaus geschwungen. Maximedia/Cavelti, das Angebot, beinhaltet tagesaktuelle Online-Angebote. Man ist also immer schnell aktuell informiert was läuft. Zwei Print-Grossauflagen pro Monat für alle Haushaltungen. Heute haben wir 17.800 Exemplare der Zeitungen, die ungefähr verteilt werden. In Zukunft werden es etwa 24'800 Zeitungen sein. Ein starker Fokus auf Kloten und wichtig, gratis für unsere Bevölkerung. Wir von der SVP Kloten haben diesen Antrag intensiv diskutiert, weil das Budget gegenüber heute noch mehr belastet wird und wir mit dem Antrag eigentlich gegen wirtschaftliche Marktgegebenheiten handeln würden. Doch die Information der Bevölkerung von Kloten ist uns sehr wichtig. Die Älteren schätzen Zeitung zum Lesen und die Jungen und die Junggebliebenen wollen schnell auf dem Handy oder im PC informiert sein. Das war ausschlaggebend für unsere Fraktion, dass auch wir diese Entscheidung geführt haben und so dem zustimmen würden. Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen Dank an das Team der Lokalinfo, die bis heute und auch noch die restliche Zeit einen Top Job gemacht hat und machen wird. Zusätzlich möchte ich gerne eine kleine Aufgabe an den Stadtrat und die Stadtverwaltung aussprechen. Die Rechnung der Stadt war in den letzten Jahren immer viel positiver als budgetiert. Mark, deine Worte habe ich gerne gehört. Aus diesem Grund fordern wir von der SVP, von den Bürgerlichen, dass alle Bürger mit dem Budget 2027 mit einer spürbare Steuererleichterung zu rechnen haben. Mit dieser Aufgabe an die Stadtverwaltung und an den Stadtrat und dem Ja zum Antrag danke ich euch für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals André Gerber. Ich habe noch schnell einen kleinen Zwischenruf an Thomas Schneider. Du hast gesehen, es regnet wieder. Ich bin doch ziemlich nahe am Muotathal aufgewachsen, wie du siehst. Es war eine gute Entscheidung, dass wir heute hier sind. Einfach so als Zwischenbemerkung. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgende Beschlüsse: 1. Der Kredit von 1'448'000'540 Franken, inklusive Mehrwertsteuer für die Veröffentlichung einer Lokalzeitung in Printform und mit ergänzendem digitalem Angebot für die Jahre 2027 bis 2030 wird genehmigt. 2. Die Kosten sind in dem jeweiligen Jahr zu budgetieren und im Konto 2210.10/3102.00 zu belasten. Wer dem so zustimmt, soll das mit Aufstehen bezeugen. Da ich Einstimmigkeit feststelle, verzichten wir auf Auszählen. [siehe Beschluss]

Jahresrechnung 2025; Abnahme

Gemäss Art. 29 Abs. 1 lit. b der Gemeindeordnung (GO) steht dem Stadtrat die Veröffentlichung der Jahresrechnung zu, während der Gemeinderat gemäss Art. 16 Abs. 1 lit. d die Rechnung genehmigt.

Die Jahresrechnung 2025 wurde durch die Finanzverwaltung aufbereitet und von der Geschäftsleitung im Co-Referenten-System geprüft und überarbeitet. Die Geschäftsleitung hat die Jahresrechnung 2025 an der Sitzung vom 1. April 2025 mit Beschluss GL 32-2026 genehmigt. Die Jahresrechnung 2025 der Stadt Kloten wurde am 14. April 2026 mit dem StR-Beschluss 97-2026 vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Gemeinderat gemäss Art. 16 Abs. 1 lit. d die Genehmigung beantragt.

Es wird weiter auf das offizielle Rechnungsdokument verwiesen.

Beschluss Stadtrat:

1. Die Jahresrechnung 2025 der Stadt Kloten wird zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Gemeinderat gemäss Art. 16 Abs. 1 lit. d zur Genehmigung beantragt.

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung 2025 der Politischen Gemeinde Kloten wird einstimmig genehmigt.

Wortmeldungen:

Ratspräsident Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Geschäft, das ist die Jahresrechnung 2025. Am 14. April 2026 haben alle Gemeinderatsmitglieder die Jahresrechnung 2025 mittels Stadtratsbeschluss 97-2026 erhalten. Für die Genehmigung der Rechnung ist der Gemeinderat in abschliessender Kompetenz zuständig. Das Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zum Ablauf. Zuerst erfolgt die Grundsatzdebatte, also die Eröffnung mit dem Einführungsreferat des GRPK-Präsidenten zur Gesamtrechnung, dann weitere Wortmeldungen aus der GRPK, Wortmeldungen aus dem Stadtrat, Wortmeldung zur Grundsatzdebatte aus dem Gemeinderat, danach die Einzelberatung über einzelne Bereiche, wenn das explizit gewünscht wird und dann die Schlussabstimmung. Wir kommen zur Grundsatzdebatte. Darf ich dich, Peter Nabholz, um Stellungnahme als GRPK-Präsident bitten.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK), Präsident Peter Nabholz: Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) hat die Jahresrechnung 2025 der politischen Gemeinde Kloten, wie es der Ratspräsident Reto Schindler erwähnte, am 14. April 2026 als Eingang erhalten und von diesem Datum an bis zur Abnahme am 12. Mai dieses Jahres geprüft und dabei festgestellt, dass Aufbau und Darstellung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die geprüften Jahres- und Sonderrechnungen stimmen auch mit der Buchhaltung überein. Die Erfolgsrechnung 2025 hat mit einem Ertrag von 293'326'583.30 und einem Aufwand von 256'868'105.03 abgeschlossen. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von 68'395 Franken. Es resultiert somit eine Verbesserung gegenüber dem Budget von über 36'390'083.27 Franken. Ich werde mir erlauben, die nächsten Zahlen in Hunderttausender genau zu erwähnen. Das Ergebnis kam auf verschiedenen Ertragsfeldern zustande, ich gehe von oben nach unten. Mit 15,7 Mio. Franken und einem Plus von 8,9 Mio. Franken verbessern höhere Quellensteuern bei den natürlichen Personen als Einzelposten das Ergebnis am meisten. Da sehen wir, wie wichtig ausländische Erwerbstätige auch für unsere Rechnung sind.

Der Vollzug des bereits vor einigen Jahren vom Gemeinderat beschlossenen Geschäfts zum Verkauf des Grundstücks Wald Oberhau führt zu rund 12,3 Millionen Franken in der Rechnung, da der Verkauf nicht budgetiert werden konnte. Knapp dahinter ist die Grundstücksgewinnsteuer gelandet bei 12,2 Millionen Franken, deutlich über dem budgetierten Wert von 8,5 Millionen. Ein beträchtlicher Mehrwert von 9,3 Millionen Franken sind höhere Erträge bei der Einkommenssteuer von natürlichen Personen aus den Vorjahren. Im letzten Jahr haben die Steuererträge bei den juristischen Personen, nicht wie früher, zu einem deutlich besseren Ergebnis geführt. Die Verbesserung der Gewinnsteuer der juristischen Personen bleibt mit 90,1 Mio. Franken und plus 2,5 Mio. Franken fast eine Randnotiz. Wobei, ja, das ist die Haupteinnahme, die wir haben. Aber als weitere Randnotiz sind die Gewinnsteuern der juristischen Personen unter den Vorjahren unter dem Budget. Das lässt aufhorchen. Ausserdem ist der Wertzuwachs der Flughafenaktie mit rund 2,6 Millionen Franken in den Büchern notiert. Die sind jedoch recht volatil. An den heutigen Märkten war vor vier Wochen der realisierte Gewinn, den wir hatten im 25, eigentlich wieder Eppe gewesen und jetzt hat er wieder um 1,9 Millionen zugelegt. Darum sehr volatil die ganze Geschichte, aber schön sind wir dort als Stadt dabei. Auf der Ausgabeseite zeigt sich folgendes Bild. Nettoinvestitionen steigen gegenüber dem Vorjahr von 44 Millionen, deutlich auf 48,4 Millionen Franken an, bleiben jedoch aufgrund von Verzögerungen rund 10 Millionen Franken unter dem Budget. Hier fällt besonders auf, dass die Stadt Kloten offene Kreditsaldi von über 200 Millionen Franken hat. Das sind bewilligte, jedoch noch nicht beanspruchte Mittel. Daraus lese ich, dass voraussichtlich für die nächste Budgetierung weitere Stellenprozente bewilligt werden müssen, allfällig, wenn wir weiter die Investitionen hochhalten, weil wir sonst schlicht zu wenig Man- respektive Woman-Power haben. Wir werden das noch sehen. Das mit Abstand grösste Investitionsprojekt war auch im Jahr 2025 die Sanierung und die Erweiterung der Schulanlage Nägi mit Ausgaben von 23,5 Millionen Franken. Der Kauf der Liegenschaft Dorfstrasse 13/15 schlug mit 4,2 Mio. Franken in der Investitionsrechnung zu Buche. Die anhaltend hohe Investitionstätigkeit ist zudem zu einer erneuten Erhöhung der Abschreibungen um 2,7 Mio. auf 12,5 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr gestiegen, ist jedoch unter den budgetierten 13,5 Mio. Franken geblieben, da wir weniger investiert haben als budgetiert. Der Sach- und Betriebsaufwand ist mit 30,9 Mio. Franken rund 4,7 Mio. Franken unter dem Budget. Ein grosser Posten davon beträgt knapp 2,2 Mio. Franken als Minderaufwand aus der Wertberichtigung von Forderungen bei der Gemeindesteuer, der einen grossen Teil der alten Forderungen beglichen wurde. Darum konnte auch ein grosser Teil der Einzelwertberichtigungen aufgelöst werden. Das System für Pauschalwertberechtigungen bei uns ist an jenes des Gemeindeamtes angepasst worden. Die Formulierung dort folgt einer etwas anderen Logik, als wir hier die eigenen bisherigen Auswertungen gemacht haben. Daraus resultierte eine deutlich tiefere Pauschalwertberechtigung, die nicht budgetiert war und auch nicht budgetiert werden kann. Jedoch ist durch die Ablehnung der Revision des kommunalen Richtplans, die Werthaltigkeit bei den Forderungen bei der Sondersteuer nicht mehr gegeben und darum hat daraus eine nicht-budgetierte Wertberichtigung mit einem Mehraufwand von 1,05 Millionen Franken resultiert. Der Personalaufwand ist mit 60,9 Millionen Franken rund 1,1 Millionen tiefer als budgetiert. Dass wir in Kloten die erwirtschafteten Erlöse nicht im vollen Umfang behalten können, dafür sorgt der kantonale Finanzausgleich oder Steuerkraftausgleich. Dieser Betrag beläuft sich auf 43 Mio. Franken im Budget. Dafür waren 34,8 Mio. Franken vorgesehen. Der Betrag setzt sich aus zwei Komponentenzahlen zusammen. In erster Linie aus der Bildung der Rückstellung von 46,8 Millionen Franken und der Minderung der bestehenden Rückstellung in der Bemessungsperiode 24 um 3,8 Millionen Franken, weil die Rückstellung in der Vermessungsperiode 2024 höher gelegen ist als die Verfügung des Kantons. Klingt alles etwas technisch, es ist so. Finanzpolitische Reserven. Wie im Budget vorgesehen, konnte ein Betrag von 8 Millionen Franken in die finanzpolitischen Reserven eingelegt werden. Damit wurde per 31.12.2025 der Stand von 57,5 Millionen Franken erreicht, was noch 32,5 Millionen Franken unter unserem strategischen Ziel von 90 Millionen Franken liegt. Die Bilanzsumme von Kloten beträgt 649,6 Millionen Franken. Die Berechnung des Nettovermögens ergibt sich durch das Finanzvermögen von 390 Millionen Franken abzüglich unseres Fremdkapitals von 268 Millionen Franken. Ergibt 122,6 Millionen Franken. Geteilt durch die Anzahl der anwohnenden Menschen von 21'954 Seelen ergibt das ein Nettovermögen für jeden von uns Klotener:innen

von 5'587.03 Franken. Das gegenüber 5'273.14 Franken vom letzten Jahr. Der Ertragsüberschuss von über 36,5 Millionen Franken hilft uns nach wie vor zu einem sehr gutem Selbstfinanzierungsgrad von 117 Prozent. Darauf komme ich später noch kurz. Die Einhaltung der finanziellen Befugnisse des Stadtrats und der Geschäftsleitung bei neuen, einmaligen und im Budget enthaltenen Ausgaben oder bei neuen, einmaligen und im Budget nicht enthaltenen Ausgaben für einen bestimmten Zweck wurden geprüft. Dort geht es darum, die Einhaltung der Obergrenzen bei den Einzelfällen, aber auch die Obergrenzen, die der Stadtrat und auch die Geschäftsleitung im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, aufgrund der Gemeindeordnung respektive des Verwaltungsreglements, zu prüfen. Die Jahres- und Sonderrechnung 2025 ist auch von der externen Revisionsstelle BDO in Zürich in finanztechnischer Hinsicht geprüft worden. Bert Horvath, der GRPK-Sekretär, war mit mir an diesem Treffen am 13. Mai ebenfalls dabei. Diese Revisoren geben neben der Durchführung der Revision mit diversen Prüfungsschwerpunkten auch Anregungen und Empfehlungen an die Vertreter des Stadtrats und auch der Stadtverwaltung ab, welche in der Revision festgehalten werden. Auch Sie empfehlen uns, der politischen GRPK mit Bericht vom 18. Mai 2026 den Antrag auf Genehmigung der Jahresrechnung im finanztechnischen Sinn zu stellen. Zurück zur politischen GRPK. Sämtliche Fragen der Dossierverantwortlichen der GRPK in Bezug auf die diversen Cockpits der Rechnungen sind beantwortet worden. Ich komme zum Schluss. Sämtliche Kennzahlen der Rechnung sind im positiven Bereich. Wie zum Beispiel der Selbstfinanzierungsgrad, über den ich vorher gesprochen habe. Wie erwähnt mit 117 Prozent über 100 Prozent, welche mittelfristig erreicht werden sollen. Aber wir sind am Zurückkommen. Das Haushaltsgleichgewicht wird noch mit der Eigenkapitalquote gemessen, die 25 einen Wert von 58% aufgewiesen hat. Dieser Wert liegt über einem Richtwert von 25% und bedeutet für die Gemeinde mehr Spielraum und eine bessere Bonität gegenüber unseren Kreditgebern. Ebenso wird der Investitionsanteil ausgewiesen. Mit einem Wert von 18 % liegt er deutlich über dem Richtwert von 10 %, weil er nur einmal im Corona-Jahr 2021 mit 9 % unterschritten worden ist. Dieser Anteil zeigt uns, welcher Anteil an Gemeindeausgaben für Investitionen in die Infrastruktur eingesetzt werden. Ich danke der Verwaltung für die gute Arbeit, für die offene Kommunikation und auch dem Stadtrat für die gute Zusammenarbeit sowie meinen Kolleginnen und Kollegen in der GRPK für ihren Einsatz. Noch etwas in eigener Sache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreter der Verwaltung, Stadtrat und Fraktionen. Als Präsident der GRPK habe ich in den letzten vier Jahren vieles erlebt. Fachlich, politisch, menschlich. Und eines kann ich mit Überzeugung sagen, ich bin dankbar für jede einzelne Zusammenarbeit. Wir alle wissen, bei der GRPK und auch hier drin geht es zum Teil zur Sache. Fetzen fliegen, die Meinungen prallen aufeinander. Und nicht jede Sitzung in der GRPK war tatsächlich ein Spaziergang. Aber genau das zeigt, wie ernst wir alle unsere Verantwortung nehmen und wie sehr uns Kloten am Herzen liegt. Trotz aller Differenzen haben wir immer wieder zueinander gefunden, dank euch, den Mitgliedern der Kommission, der Stadtverwaltung, die uns mit Professionalität und Geduld unterstützt hat, auch gegenseitig, dem Stadtrat und den Fraktionen, die sich konstruktiv eingebracht haben. Ihr alle habt dazu beigetragen, dass wir gemeinsam gute Lösungen finden könnten. Und das ist vielleicht nur möglich mit einem M4. Man muss Menschen mögen. Denn ohne Respekt, ohne Humor und ohne die Fähigkeiten einander zuzuhören, wäre diese Aufgabe nicht zu bewältigen. Ich freue mich in der nächsten Legislatur weiterhin Teil dieser wichtigen Arbeit zu sein mit euch für Kloten und wünsche natürlich Roman und Sandra alles, alles Gute im neuen Amt als Stadtrat. Die GRPK beantragt einstimmig die Jahresrechnung 25 inklusive allen Sachgruppen und Sonderrechnung 25 der politischen Gemeinde zu genehmigen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Reto Schindler: Ich danke dir vielmals, Peter Nabholz, für deine nicht wenig ausführlichen Worte. Und ich finde, das ist auch richtig so bei diesem letzten Auftritt in dieser Form. Danke vielmals für deinen Einsatz als GRPK-Präsident, auch von der Seite der Ratsleitung. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es eine Wortmeldung aus dem Stadtrat, Mark Wisskirchen?

Stadtrat Mark Wisskirchen: Nur ganz kurz. Besten Dank, geschätzte Anwesende. Ich bin einmal mehr dankbar, dass wir so einen Rechnungsabschluss präsentieren dürfen. Und ich möchte den Dank gleich zurückgeben für die gute Zusammenarbeit aus meiner Sicht. Vielen Dank.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Mark Wisskirchen. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Philipp Graf, SP.

SP-Fraktion, Philip Graf: Kurz vorweg, die SP wird sowohl die Jahresrechnung als auch den Geschäftsbericht unterstützen. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die sorgfältige Aufbereitung der Jahresrechnung, sowie bei der GRPK für die Prüfung der Rechnung. Ja, wie schon von Nabi gehört, schliesst die Stadt Kloten einmal mehr ein Rechnungsjahr deutlich besser ab als budgetiert. Das ist sehr erfreulich. Kloten steht finanziell also auf stabilen Beinen. Bei so einer guten Ausgangslage dürfte beispielsweise die Schuldenbremse eigentlich kein Thema sein, müsste man meinen. Wie auch immer. Wie in den Vorjahren mahnen wir aber auch in diesem Jahr wieder dazu, das Ergebnis mit Vorsicht zu geniessen. Die Stadt Kloten steht heute finanziell gut da. Wir stehen aber nach wie vor vor grossen Investitionen, wie zum Beispiel die Sanierung und der Ausbau des Zentrums Schluefweg und des Pflegezentrums Spitz, die energetische Sanierung rund um die Schulhäuser Spitz oder die Erweiterung der Sekundarschule Spitz, um nur ein paar zu nennen. Die Investitionen können wir stemmen. Dazu braucht es aber einen stabilen Steuerfuss. Eine Senkung des Steuerfusses steht für uns deswegen weiterhin aus der Frage. Ich hoffe einmal, darüber herrscht Konsens. Wobei, da habe ich schon das Gefühl, dass ich etwas anderes gehört habe. Besten Dank.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Philip Graf. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Pascal Walt?

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Die Abweichungen der Rechnung 2025 zum damaligen Budget sind einwandfrei beantwortet und haben nurl Raum für Verständnisfragen offengelassen. Bei dieser qualitativ hochstehenden Arbeit danken wir allen Beteiligten herzlich. Wir erkennen, dass Kloten in einer überaus stabilen Finanzsituation steht. Die Kosten, man höre, von rund einer viertel Milliarde Franken, eine wahnsinnige Zahl, sind unter Kontrolle. Die zusätzlichen, nicht planbaren Steuereinnahmen oder Einmaleffekte, erlauben es uns sogar, die nötigen Reordinvestitionen von über 48 Millionen Franken selbst zu finanzieren. Und als Zuckerchen obendrauf, ist es sogar noch mit einer Steuerfussreduktion von 3% passiert. Was will man mehr? Der Geschäftsbericht hingegen widerspiegelt wieder einmal mit eindrücklichen Fakten, Grafiken und Impressionen, was in Kloten letztes Jahr auch ausserhalb der Finanzen alles passiert ist. Immer wieder spannend zum Lesen und empfehlenswert. Die Mitte-Fraktion empfiehlt entsprechend die Rechnung mit dem Geschäftsbericht zur Abnahme. Vielen Dank.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Pascal Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Daniel Körner, FDP?

FDP-Fraktion, Daniel Körner: Kloten schliesst die Jahresrechnung mit einem sehr grossen Ertragsüberschuss ab. Budgetiert war ursprünglich nur ein minimaler Überschuss. Auf den ersten Blick ist der grosse Überschuss erfreulich. Entscheidend ist aber die Frage, wie der zustande gekommen ist. Wenn wir genauer hinschauen, dann sieht man schnell, ein grosser Teil des Überschusses stammt aus ausserordentlichen oder schwer planbaren Faktoren. Ein Landverkauf hat 12,3 Millionen Franken in die Kasse gespielt. Dazu sind massiv höhere Quellensteuern, höhere Einkommenssteuern aus dem Vorjahr, höhere Grundstückgewinnsteuern und zusätzliche Erträge bei den juristischen Personen dazugekommen. Das zeigt, das Ergebnis ist erfreulich, aber es ist nicht automatisch eine neue finanzielle Normalität. Denn ohne diese Sondererträge wäre die Rechnung weit weniger spektakulär ausgefallen. Und genau darum sollte man vorsichtig sein, auf Basis von einzelnen Rekordjahren langfristige finanzpolitische Schlüsse zu ziehen. Denn gleichzeitig sind die gebundenen Kosten weiter gestiegen. Besonders sichtbar ist das bei der

Pflegefinanzierung. Dort liegen die Kosten deutlich über dem Budget. Das ist kein Einmaleffekt, sondern ein struktureller Trend, der uns auch in Zukunft beschäftigen wird. Auch der Personalaufwand bleibt ein Thema. Zwar liegt er erneut unter dem Budget, trotzdem wächst die Verwaltung seit Jahren stärker als die Bevölkerung. Genau da muss man künftig genauer hinschauen. Denn jede zusätzliche Stelle verursacht dauerhaft wiederkehrende Kosten. Hinzu kommen weiterhin hohe Investitionen. Viele Projekte werden nicht aufgehoben, sondern lediglich verschoben. Der finanzielle Druck verschwindet also nicht. Er wird einfach in die nächsten Jahre verschoben. Natürlich braucht Kloten Investitionen. Aber nicht alles, was wünschbar ist, ist automatisch dringend. Gerade in guten Jahren braucht es Prioritäten und finanzpolitische Zurückhaltung. Positiv ist, dass erneut Geld in die finanzpolitische Reserve eingelegt worden ist. Das stärkt die Stabilität der Stadt. Kloten ist finanziell stark, aber auch abhängig von einzelnen Steuerzahlern und ausserordentlichen Erträgen. Darum gilt, jetzt ist nicht Zeit für Begehrlichkeiten, jetzt ist Zeit für Verantwortung. Die Stadt Kloten hat 2025 finanziell gut abgeschlossen. Dafür danken wir dem Stadtrat und der Finanzverwaltung ausdrücklich. Die FDP, die liberalen Kloten, wird der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht einstimmig zustimmen, verbunden mit der klaren Erwartung, dass die guten Jahre genutzt werden, um Kloten langfristig stabil und handlungsfähig zu behalten und nicht um finanzpolitische Risiken einzugehen. Danke vielmals.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Daniel Körner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Silvan Eberhard, SVP.

SVP-Fraktion, Silvan Eberhard: Einmal mehr schliesst die Rechnung mit einem wunderbaren Ergebnis ab. Dass die Erträge in Kloten nur schwer kalkulierbar sind, ist hinlänglich bekannt und auch die letzten Jahre so gewesen. Trotzdem zeigt sich, dass auch vorsichtig budgetiert worden ist. So belaufen sich die Nettoaufwände rund 5,5 Millionen unter Budget und die Investitionsrechnung knapp 10 Millionen unter dem Budget. Nicht zu vergessen ist, dass die Nettoaufwände, auch wenn sie deutlich unter Budget liegen, um fast 10 Millionen gestiegen sind gegenüber 2024. Das gute Ergebnis ist also nicht wegen einem rigorosen Sparprogramm zustande gekommen. Ich möchte mich beim Stadtrat und der Verwaltung für die vorliegende Rechnung und den umsichtigen Umgang mit unseren Finanzen im Namen der SVP bedanken. Für das Budget 2027 möchte ich euch auf den Weg mitgeben. Es ist natürlich immer einfacher, zu erklären, wenn man das Budget nicht ausgereizt hat. Trotzdem bin ich der Meinung, dass man beim Erstellen des Budgets 2027 durchaus ein bisschen mutiger sein darf, damit es dann auch noch Platz hat für eine Steuerfusssenkung. Verschiedene Meinungen sind entsprechend wichtig für die Demokratie, Philip. Danke.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank Silvan Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Roman Walt, GLP.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Im Namen der GLP-Fraktion bedanke ich mich herzlich beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die Ausarbeitung der Jahresrechnung und die Beantwortung der Fragen, die wir gestellt haben. Und wenn wir auf die Zahlen schauen, und das haben wir jetzt auch schon ein paar Mal gehört, haben sich ein paar vielleicht wieder einmal die Augen gerieben. Mit einem Ertragsüberschuss von stolzen 36,5 Millionen Franken bei einem Budget von fast einer Punktlandung von 100'000 Franken ist das auch verständlich. Wir haben es auch schon gehört, seit Jahren schliesst die Kloten deutlich besser ab als erwartet, auch wenn es schwierig zu prognostizieren ist. Und auch wenn die Stimmen wieder lauter werden oder auch noch vielleicht im Rahmen der Budget-Sitzung dann lauter werden, die nach Steuersenkungen rufen -Wir haben gerade so eine Stimme gehört - wichtig sind weiterhin finanzpolitische Weitsicht und Verantwortung. Weil wenn wir den Überschuss anschauen, dann sehen wir natürlich genau, und das hat Daniel Körner vorhin erwähnt, es sind keine strukturellen Gewinne, es sind Einmaleffekte. Wir haben Landverkauf, wir haben höhere Quellensteuer, wir haben Buchgewinn bei den Flughafenaktien. Es ist kein strukturelles Geld, es ist nicht die neue, normale Realität, wie du es ausgedrückt hast, wenn ich richtig zugehört habe. Es ist kein freies Geld, das man einfach irgendwie einsetzen kann oder zum Fenster rauswerfen kann. Weil gleichzeitig, und auch da bin ich bei meinem Kollegen von der FDP, sehen wir in der Rechnung nämlich auch, wo die Reise

hingehet. Gebundene Kosten, die steigen, wo die Gemeinde kaum Einfluss hat. Beispielsweise auch bei den Pflegekosten, wo mein Fraktionskollege Brian Dieng den Finger draufhat, die von 10 auf 12,3 Millionen angestiegen sind. Und wir haben es auch schon gehört, als steuerkraftstarke Gemeinde zahlen wir natürlich auch in den kantonalen Ressourcenausgleich ein. Anstelle von 34,8 Millionen Franken waren es letztes Jahr 43 Millionen Franken. Aus der grün-liberalen Sicht ist die gute Finanzlage aber die Basis, um weiterhin die hohen Investitionen für unsere Stadt zu stemmen, ohne allzu früh in eine Verschuldung zu laufen. Allein die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Nägelimoos hat 23,5 Millionen Franken absorbiert. Und die nächsten grossen Investitionen, sei das beim Schluefweg, der jetzt ansteht, bei der Energie- und Wärmewende oder beim Thema Wohnraum, sind bereits absehbar. Dass wir die Investitionen letztes Jahr zu 117 Prozent, das haben wir schon gehört, komplett aus den Eigenmitteln haben finanzieren können und keine Drittmittel aufgenommen werden mussten, das kann als Erfolg gewertet werden. Es gibt aber auch ein paar Punkte, die wir im Auge behalten müssen. Beispielsweise sind trotz der neuen Kunstrasenplätze weiterhin Kosten infolge des Japankäfers in den nächsten Jahren zu erwarten. Bei den Investitionen sind wir rund 10 Millionen unter Budget geblieben. Das liegt aber an terminlichen Verschiebungen. Wir müssen also sicherstellen, dass aufgeschobene Projekte nicht zu einem ungesunden Investitionsstau in den folgenden Jahren führen, auch das hatten wir schon einmal, und so ein Klumpenrisiko bilden, welches zukünftige Generationen zusätzlich belastet. Generationengerechtigkeit hatten wir heute auch schon. Eine aktive Liegenschaftsstrategie hat auch seine Preise, wird unsere Gemeinde aber dabei unterstützen, dass durch preisgünstige Wohnungen für alle Bevölkerungsgruppen ein Zuhause geboten werden kann. Und ein letzter Punkt, der natürlich für die Grün-Liberalen wichtig ist, Einsparungen bei Energie und Wärme durch erneuerbare Energien, entsprechende Technologien sind weiterhin auch in der Rechnung sichtbar und wirken sich trotz vielleicht anfangs höherer Investitionskosten langfristig positiv auf das Budget aus. Wie gesagt, das sieht man an verschiedenen Stellen auch in der aktuellen Rechnung. Wir müssen aber aufpassen, dass wir diesen Fortschritt nicht durch sogenannte Rebound-Effekte wieder zunichtemachen. Das beste Beispiel ist das Sommereis in der neuen Eishalle, welches dem Energieeffizienzgewinn, der in der Abstimmung angepriesen wurde, bei der neuen Halle natürlich zuwiderläuft. Ich komme zum Schluss. Die GLP ist und bleibt überzeugt eine nachhaltige Finanzpolitik, die kurzfristigen Populismus in Form von kurzfristigen Steuersenkungen liegen lässt und stattdessen auf Stabilität, geringe Verschuldung und gezielte Zukunftsinvestitionen setzt, ist langfristig der einzig richtige Weg für unsere Stadt und für die kommenden Generationen. Wir stimmen der Abnahme der Jahresrechnung 2025 und auch dem Geschäftsbericht zu. Vielen Dank.

Ratspräsident Reto Schindler: Vielen Dank, Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wird eine Einzelberatung über einzelne Bereiche gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Abstimmung lautet folgendermassen. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die Jahresrechnung 2025 von der politischen Gemeinde Kloten zu genehmigen. Wer dem zustimmt, soll es mit Aufstehen bezeugen. Wir sind uns heute Abend ziemlich einig. Ich stelle ein weiteres Mal Einstimmigkeit fest und darum verzichte ich auf das Auszählen der Stimmen. Danke vielmals. Somit ist die Jahresrechnung 2025 genehmigt. [siehe Beschluss] Danke vielmals.

Geschäftsbericht 2025; Genehmigung

Der Geschäftsbericht 2025 wurde als digitale PDF-Lösung erstellt.

Der Geschäftsbericht wird Interessierten, Neuzugezogenen und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt und dazu im Internet als PDF zum Download abrufbar sein unter: www.kloten.ch/geschaeftsbericht

Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat verabschiedet den Geschäftsbericht 2025 zur Abnahme gemäss Art. 13 lit. b GO an den Gemeinderat.
2. Die Kosten für die Erstellung von ca. 7'000 Franken gehen zu Lasten des Kontos 3102.00/1220.00

Beschluss:

1. Der Geschäftsbericht 2025 wird gemäss Art. 13 lit. b GO einstimmig genehmigt.

Wortmeldungen

Ratspräsident Reto Schindler: Wir kommen zu einem weiteren Traktandum, dem Geschäftsbericht 2025, Genehmigung. Am 16. April 2026 wurde der Geschäftsbericht 25 veröffentlicht. Gemäss der aktuellen Gemeindeordnung ist der Gemeinderat für die Abnahme des Geschäftsberichts zuständig. Der Ablauf ist folgendermassen: Wortmeldung aus der GRPK, Wortmeldung aus dem Stadtrat, wenn gewünscht Wortmeldung aus dem Gemeinderat. Gibt es eine Wortmeldung aus der GRPK? Diana Diaz.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK), Diana Diaz: Also ich mache es ganz kurz. Ich bedanke mich bei allen, oder wir von der GRPK bedanken uns ganz herzlich bei allen, die an diesem gelungenen Geschäftsbericht mitgearbeitet haben und die GRPK empfiehlt die Annahme.

Ratspräsident Reto Schindler: Danke vielmals Diana. Gibt es eine Wortmeldung zum Geschäftsbericht aus dem Stadtrat? Gut. Gibt es eine Wortmeldung dazu aus dem Rat? Gibt es auch nicht. Dann genehmigen wir den Geschäftsbericht stillschweigend.

Schluss der Sitzung: 20:20 Uhr

Für die Richtigkeit:

Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Reto Schindler
Präsident

Florian Ruosch
1. Vizepräsident

Hansjürg Schmid
2. Vizepräsident